



KOSTENLOS Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 80

Wilhelmshaven

Juni 1988

ARNO DÜSENTRIEB

OBERSTADTDIREKTOR UM AUFRÜSTUNG DES WATTENMEERES BEMÜHT

(hk) "Wenn hier der erste Düsenjäger in Mariensiel landet, kriegt die Partei sofort mein Parteibuch vor die Füße!" - Diese Reaktion eines Cäciliengrodener SPD-Mitgliedes bringt treffend die Grundstimmung vieler Cäciliengrodener und Mariensielser Bürgerinnen und Bürger über die beabsichtigte militärische Nutzung des Mariensiel Flugplatzes zum Ausdruck.

Die Flugplatzgesellschaft und deren Aufsichtsratsvorsitzender, Wilhelmshavens Oberstadtdirektor Arno Schreiber beabsichtigen, den Flugplatz Mariensiel im Rahmen der Nato-Übung "Central Enterprise 1988" für die militärische Nutzung zu öffnen.

Die Nato-Übung wird von ihnen als Versuch angesehen, den Flugplatz auch in Zukunft für größere militärische Übungen zu nutzen.

Demgegenüber äußerten der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Friesland, Günter Heußen und der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Erwin Helbrink, in der WZ vom 21. Mai: "Eine militärische Nutzung des Flugplatzes über den Rahmen dieser Übung hinaus ist nicht beabsichtigt, sie kommt auch nicht in Betracht." Wie aus friesländischen SPD-Kreisen zu erfahren war, hatte ihnen die Parteibasis in der Zwischenzeit ordentlich Feuer unter dem Hintern gemacht.

Für den Zeitraum der Übung vom 6. bis 10. Juni 1988 wird mit täglich 48 Starts bzw. Landungen gerechnet - also alle 11 Minuten eine Flugbewegung (Die Übung soll nur in der Zeit von 8 bis 17 Uhr stattfinden).

FORTSETZUNG S. 6



in Atemnot!

Zur Gegenwind-Krise
Artikel und Stellungnahmen
ab Seite 3



Inhalt:

- S. 2 Nachrichten
- S. 8 Durchbruch
- S. 7 Elend in W'haven
- S. 9 WUG
- S. 12 Protokollfälschungen
- S. 13 FMW
- S. 14 Leserbrief
- S. 15 Marinemuseum
- S. 16 Busfahren

NACHRICHTEN

„KEINE REDE“

könne von einer bevorstehenden Selbstauflösung der ehemaligen Umwelt-, jetzt eher konservativen Rathausgruppe "Die Bürgerschaft" sein, betonte das einzige verbliebene Ratsmitglied dieser Gruppe, Hans-York Spielvogel gegenüber dem GEGENWIND. Bei den nächsten Wahlen werde man aber "wahrscheinlich nicht" mehr antreten, weil man doch mittlerweile schon "etwas vergreist" sei. Bürgerschaftsmitglied Helga Müller ergänzte, die Bürgerschaft habe sich "historisch erledigt." Immerhin sind von den ehemals 250 Mitgliedern der Gruppierung noch 100 übriggeblieben. ●

„NA UND?“

raunzte ein Mitarbeiter im Offizierskasino in Wittmund bärbeißig ins Telefon, als er vom GEGENWIND gefragt wurde, ob es stimme, daß im Kasino ein Bild von Obernazi Hermann Göring hänge. Hermann Göring, seit 1918 Kommodore im Fliegerhorst Wittmund, war als oberster Führer der SA (ab 1922) und als Teilnehmer am Hitlerputsch 1923 in München sozusagen ein Nazi der ersten Stunde. Er schuf den Vorläufer der Gestapo, gehörte zur NSDAP-Spitze und wurde 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilt. Der Hinrichtung kam er durch Selbstmord zuvor. Ein Bundeswehr-Sprecher, der diese fragwürdige Art der Traditionspflege erläutern könnte, konnte dem GEGENWIND bis Redaktionsschluß nicht vermittelt werden. ●

AUSWEICHEN

wollen immer mehr Bürger den Bestimmungen der Baumschutzsatzung. Sie wollen nach dem Vorbild der alten Reichsgaragenordnung eine Ablösung zahlen, wenns einem dicken Baum an den Stamm gehen soll, statt einen neuen Baum auf ihrem Grundstück zu pflanzen. Mittlerweile überlegen besonders Pfiffige ernsthaft, ob man den privaten Baumgegnern vorschreiben sollte, als Ersatz für geschlagene Bäume zur Anlage eines "Bürgerwaldes" vor den Toren der Stadt beizutragen. Ein Befürworter der Baumschutzsatzung: "Damit würde der Sinn der Satzung in sein Gegenteil verkehrt werden. In der Stadt wirds kahl und wo kaum einer hinkommt, darfs grünen." ●



MITFAHR ZENTRALE Wilhelmshaven

Kostengünstig reisen
Vermittlung von
Fahrer und Mitfahrer

Mo - Fr 10.00 - 13.00 / 14.00 - 18.30
Sa 9.00 - 14.00
So 10.00 - 12.00

Tel. 0 44 21 - 4 20 46

Rheinstraße 90 2940 Wilhelmshaven

SORGEN

macht sich die Stadt um die Aktivitäten eines Maklerbüros, das der früher häufig durch rechtsextremistische Aktivitäten hervorgetretene Diplom-Kaufmann Hartmut H. seit geraumer Zeit in der Werftstraße betreibt. Makler H. ist bekannt dafür, aufgekaufte Altbauten in der Innenstadt mit außerordentlich rüden Methoden zu "entmieten", um sie dann zu modernisieren und teuer wieder zu verkaufen. Zur Hand gehen ihm bei seinem rauen Vorgehen Kameraden aus seiner politisch heißen Zeit. Um die fleißigen Aufkaufaktivitäten der Rechtsradikalen in Grenzen zu halten und um billigen Wohnraum zu erhalten, hat die Stadt schon mehrfach von ihrem Recht auf "Vorkauf" Gebrauch gemacht. Nicht weniger Sorgen macht Verantwortlichen die mit diesen Aktivitäten im Zusammenhang stehende Formierung einer reichlich rechtsgewirkten Szene um die Kneipe "Cadillac" in der Nähe der Kreuzung Börsenstraße/ Mitscherlichstraße. ●



„NICHTS SAGEN“

läßt sich nach Auskunft von Arbeitsamtdirektor Dr. Rolf Lienau im Augenblick schon etwas über den möglichen Abbau der 100xigen Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt. Allerdings könnten, so Lienau zum GEGENWIND, die zum 1. Juni erwarteten "neuen Weisungen" mit den möglichen Leistungskürzungen Wilhelmshaven härter als andere Städte treffen, da es an der Jade relativ viele 100% -Förderungen unter den etwa 870 ABM-Kräften gebe. Betroffen sind z. B. Projekte wie der Verein "Beratung, Kommunikation und Arbeit e.V.", der mit den 100% Förderungen rund 80 Arbeitskräfte beschäftigt, die vorher arbeitslos waren. ●

Reingewaschen

wurde kürzlich im Verwaltungsausschuß (VA) des Rates (so eine Art Stadtregierung) Stadtbaurat Heinz-Karl Prottegeier (SPD) von dem Verdacht, für die Pfschereien bei der Erstellung des Generalverkehrsplans mitverantwortlich zu sein (vgl. GEGENWIND Nr. 79, "Pfsch"). Der VA billigte Prottegeier weitgehende Interpretationsmöglichkeiten des Vertrages mit der Berliner Kreibich-Firma IZT zu, erklärte den "größten Teil" der Kritik zu "Wertungs- und Geschmacksfragen" und stellte fest, daß ein erheblicher Teil der Kritik am Verkehrsplan aus unterschiedlichen Auffassungen der Vertreter einer konservativen und denen einer fortschrittlichen Verkehrspolitik herrühre. Fazit: Rechtlich Faßbares gegen Prottegeier bleibt nicht übrig, damit gebe es für Disziplinarmaßnahmen keinen Anlaß. Allerdings kündigte Verwaltungschef Arno Schreiber nebulös "personelle Konsequenzen" an (wohl für den Prottegeier-Kritiker Hüsecken). Man merke: Pfsch ist in Wilhelmshaven solange erlaubt, wie er von den Richtigen fabriziert wird. Und: Wie zu Eickmeiers Zeiten ist der Schmutzfink immer noch nicht der, der den Dreck verursacht, sondern der, der ihn aufdeckt. ●

Handelseinig

werden möchte die SPD-Fraktion gerne mit der CDU. Nach dem Motto: "Wahl! ich deinen Dezerenten, wählst du meine Dezerenten" soll dem Vernehmen nach ein förmlicher Vertrag aufgesetzt werden (der rechtlich jedoch nichts wert ist), in dem Personalkungeleien für die nächste Zeit festgelegt werden. In dem Vertrag will die SPD der CDU zusichern, für einen CDU-Sozialdezerenten zu stimmen, wenn die CDU demnächst bei den anstehenden Dezerentenwahlen ihren Kandidaten Arno Schreiber, Dr. Norbert Boese und Heinz-Karl Prottegeier zustimmt. Die SPD meint, bei den Wahlen auf die CDU angewiesen zu sein, weil sie - besonders bei der Wahl des durch den Generalverkehrsplan zirkus gefährdeten Dezerenten Prottegeier - Hekenschützen aus den eigenen Reihen befürchtet. Eine Zusammenarbeit mit den natürlichen Verbündeten der SPD, den Grünen, gibt es schon lange nicht mehr. Stattdessen basteln SPD-Fraktionschef Udo Bergner und sein Juristenkollege, CDU-Fraktionschef Dr. Uwe Biester beharrlich an einer faktischen Großen Koalition, die sich in Sachen Schulverlagerungen, Innenstadtsanierung, Bremsen des Ausländerbeirats und der WUG-Ansiedlung schon prima bewährt hat. Also in allen wichtigen Fragen der letzten Zeit. ●

Sachgerecht

Fast anderthalb Jahre verdaute ein städtischer Mitarbeiter im höchsten Auftrag eine "Imagebefragung" (vgl. Nr. 75), in der die Wilhelmshavener sich recht skeptisch über ihre Stadt äußerten. Nun endlich liegt die 28 seitige Zusammenfassung der Studie vor, die zwei Fachhochschulstudenten 1986 (nicht 1987, wie Verwaltungschef Arno Schreiber in seinem Begleitschreiben bemerkt) erstellt haben. Die Zusammenfassung listet durchaus sachgerecht die Ergebnisse der Befragung auf, die zu wiederholen wir uns ersparen (Nr. 75!). Ist es schon ärgerlich, daß der Name des Verfassers der Zusammenfassung nicht genannt wird, so ist es schlichtweg unseriös, daß die Namen der Studenten unterschlagen werden. Wir tragen sie hiermit nach: Frank Dietrich und Günter Ziesemer. Die Reaktion unserer imagebewußten Politiker war übrigens bezeichnend. Bei der Vorstellung der Studie im Verwaltungsausschuß büstete SPD-Fraktionschef Udo Bergner in Zusammenarbeit mit seinem CDU Kollegen das Befragungsergebnis ab. Es sei nicht ernst zu nehmen und nur "Studentenniveau". Oberstadtdirektor Arno Schreiber hingegen möchte die Studie für die "Erarbeitung der Wilhelmshaven-Image-Konzeption" verwenden. ●



Unabhängig, überparteilich.

Herausgeber: GEGENWIND-Verein. Verantwortlich: I.S.G.F.: Wolfgang Kuschel, Holtermannstr. 30 2940 Wilhelmshaven. Tel. 33119. Kernredaktion: Rolf Biermann, Ben Dietrich, Erwin Fliege, Uschi Frank-Kuschel, Britta Petrick, Rainer Weber, Rolf Schaper und M.W. Karikaturen: Erwin Fliege. Fotos: Jan Dietrich. Anzeigen: Rainer Weber. Startlocherstr. 2, 2940 Wilhelmshaven, Tel. 38659 oder 27351. Erscheinungsweise: ca. 8 mal jährlich. Auflage: 5000 Expt. Druck: Wlechmann Druck, Banter Markt, WHV, Tel. 201724. Konto: BfG WHV, Kto. Nr. 1262871100 (BLZ 282 107 11). Redaktionsschluß: dieser Ausgabe: 25.5.88. Vorausichtlicher Erscheinungstermin des nächsten GEGENWIND: 7.6.88. Wir bedanken uns für die Mitarbeit an dieser Ausgabe besonders bei: H. Klöppner, Jochen Martin, und den vielen anderen, die uns mit Informationen helfen oder durch ihre Politik zu einem Artikel verholfen haben.

NACHRICHTEN

Kostspieliger

als vermutet dürfte der umfangreiche Umzug etlicher Schulen in den Sommerferien werden. Da müssen im Schulzentrum Heppens teure Fachräume für die einziehenden Berufsschüler hergerichtet, Wände versetzt und Parkplätze geschaffen werden. In der Pestalozzischule, die die Comeniusschule aufnehmen soll, mangelt es an modernen Heizmöglichkeiten, einer ausreichenden Anzahl von Waschbecken und einer Pausenhalle. In der Bremer Straße, wo SPD und CDU eine Konzentration nahezu aller ausländischen Schüler vorsehen, müssen Wände versetzt und Installationen neu verlegt werden. In der Schellingstraße wirds unter Umständen eng, so daß die um Schülerzahlen ringende Humboldtschule schon Begehrlichkeiten hinsichtlich der in der Schellingstraße unterzubringenden Orientierungsstufe signalisiert hat. Das aber wiederum erforderte Umbaumaßnahmen in der Humboldtschule, usw., u.s.f. Stadtkämmerer Dr. Norbert Boese hat den vom Umzug betroffenen Schulen eine fürstliche Unterbringung zugesichert. Grünen-Ratsherr Werner Biehl beziffert die nötigsten Umbaumaßnahmen auf mindestens 1 Million Mark. ●

Unzutreffend

ist nach Ansicht des Sprechers der Gewerkschaft "Handel, Banken und Versicherungen" (HBV) Dudenhöffer der Eindruck, die HBV protestiere nur in Wilhelmshaven gegen die Sonderöffnungszeiten im Einzelhandel, während in Jever, Zetel, Varel und anderswo die Geschäfte an Sonn- und Feiertagen gelegentlich ohne Einspruch der Gewerkschaft öffnen könnten. Im Umland sei, so Dudenhöffer, die Situation weitaus schwieriger als an der Jade, wo es in der SPD noch starke Kräfte gegen die "Aufweichung sozialer Absicherungen" gebe. Dudenhöffer machte deutlich, daß sich die HBV von den sich selbst gern als gewerkschaftsnah bezeichnenden Sozialdemokraten ziemlich verlassen fühlt. Der Gewerkschaftler: "Die Landes-SPD hat jetzt alle Unterbezirke aufgefordert, zusätzliche Öffnungszeiten im Interesse der Beschäftigten zu unterbinden. Mal sehen, was die Genossen dazu sagen." ●

3TE AUFRUF SEITE 5!
BEACHTEN

Blockiert

wird nach Ansicht von Rathauspolitikern die Entwicklung des vom "World Wildlife Fund" (WWF) geplanten Informationszentrums "Nationalparkhaus Wattenmeer" durch den Chef des Nationalparks, Dr. Claus-Dieter Helbing, Helbing - so ist im Rathaus zu hören - paßt das Gebäude nicht, das für das WWF-Dokumentationszentrum und die Nationalparkverwaltung gemeinsam vorgesehen ist: die alte Torpedowerft am Süstrand. Außerdem sei ihm die WWF-Konzeption zu wissenschaftsorientiert, er hätt's gern etwas "volkstümlicher, so mit vielen Bildern und so." In Wahrheit fürchtet er jedoch, wie man in der Stadtverwaltung meint, daß die Nationalparkverwaltung im Schatten des WWF-Hauses stehen werde. Dem GEGENWIND gegenüber bestritt Helbing die Blockierthese, er hoffe, daß der Antrag zur Mittelbewilligung für das Nationalparkhaus noch vor den Sommerferien konzipiert werde. ●



Gegenwind in Atemnot!

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

GEGENWIND VOR DER EXISTENZFRAGE. WIRD DIE EINZIGE WILHELMSHAVENER ALTERNATIVZEITUNG NACH 10 JAHREN EINGESTELLT? WIE SOLL ES WEITERGEHEN?

Am 12. April 1988 kündigte der bisherige GEGENWIND-Koordinator Wolfgang Kuschel der Redaktion seinen Rückzug aus der vordersten Linie der Zeitungsmacher für die Zeit nach der Sommerpause an. Damit ist für den GEGENWIND die Existenzfrage gestellt. Eine Sitzungsserie unter Beteiligung interessierter politischer Gruppierungen ergab, daß durch einen Aufruf neue Mitarbeiter geworben werden sollen.

Ausgelöst wurde die Krise durch die privat begründete Entscheidung des GEGENWIND-Koordinators Wolfgang Kuschel, nach fast zehnjähriger Tätigkeit seine Arbeit für diese Zeitung drastisch einzuschränken, verbunden mit einem Rückzug aus der zentralen Koordinationstätigkeit. Als sich daraufhin die Redaktionsmitglieder Rolf Biermann und Rolf Schaper diesem Schritt wegen arbeitsintensiver anderer Verpflichtungen anschlossen, suchte die Redaktionsgruppe nach einem Ausweg, da von den übrigen GEGENWIND-Mitarbeitern niemand die Übernahme der Arbeit des GEGENWIND - "Zuchtmeisters" übernehmen wollte bzw. konnte.

In der Überzeugung, daß eine alternative Zeitung in Wilhelmshaven notwendig ist, nahmen die Gegenwindler Kontakt zu Gruppen der Wilhelmshavener Linken auf, mit denen es in der Vergangenheit eine gute, teilweise jahrelange Zusammenarbeit gegeben hatte. In einem gemeinsamen Gespräch schälten sich drei Überlebensmodelle her-

aus: 1.) Es findet sich ein engagierter Koordinator, der bereit ist, den größten Teil seiner Freizeit in den GEGENWIND zu stecken, 2.) Grüne, Bürgerinitiative und (vielleicht) Frauenliste übernehmen rotierend die Herstellung der Zeitung, 3.) In einem Aufruf an alle GEGENWIND-Leser werden neue, unverbrauchte Kräfte gesucht.

Am Dienstag-Abend, dem 24.5.88, fand die Jahreshauptversammlung des GEGENWIND - Verein/Förderkreis statt. Für die Anwesenden stellte sich die Situation folgendermaßen dar:

Sollte der GEGENWIND sein Erscheinen einstellen müssen, verschwindet ein wichtiger Bestandteil linker, politischer Kultur in Wilhelmshaven. Das Meinungs- und Informationsmonopol der WZ konnte angekratzt werden, den Herrschenden wurde ein wenig auf die Finger geklopft, und unabhängig von politischen Verbänden oder betriebswirtschaft-

Fortf. S. 4

FORTSETZUNG V. SEITE 3



lichen Zwängen konnte sich Diskussionsvielfalt, Pluralität und Wahrheitsfindung auch gegen den Strom entwickeln.

Wenn der GEGENWIND nach der Sommerpause nicht bruchlos übernommen wird, zerfällt die über Jahre gewachsene Infrastruktur sicherlich schnell. Eine neue Zeitung ähnlicher Art, das zeigen andere Städte, kann später nur unter erschwerten Bedingungen entstehen. Den GEGENWIND rotierend durch

unterschiedliche Parteien oder Verbände erstellen zu lassen, wird unter organisatorischen Gesichtspunkten als nicht durchführbar betrachtet. In dieser Konstellation besteht auch die Gefahr, daß der GEGENWIND zu einer langweiligen Partei- und Interessenszeitung oder zu einem Sammelordner für Flugblätter herunterkommt. Da nur die Hälfte der alten Redaktion weiterarbeiten will, ergeben sich zwei Möglichkeiten. Ein arbeitsteilig organisiertes Kollektiv oder eine Einzelperson übernimmt die freigewordene Stelle des Chefredakteurs (verantwortlich i.S.d.P.) und des "großen Organisators". Versuche kollektiver Pressearbeit bei der 'taz' oder der italienischen 'Repubblica' zeigten, daß der erhöhte Arbeitsaufwand nicht durchzuhalten ist. Deshalb wird dieser ersten Perspektive nur eine geringe Chance eingeräumt. Eine Einzelperson, die die Position von Wolfgang Kuschel übernehmen würde, wäre einer erheblichen zeitlichen Belastung ausgesetzt. Zeitungsarbeit dieser Art ist immer nur freiwillige Feierabendsarbeit. Redaktionsmitglieder, Verteiler, das Finanz- und Anzeigenressort, Informanten und Kunden, alle müssen bei der Stange gehalten oder zur Stringenz ermahnt werden, weil nur die unerbittliche Kontinuität aller einzelnen Arbeiten das regelmäßige Erscheinen dieser Zeitung ermöglicht. In der Vergangenheit erwies sich als unumgänglich, daß eine Person unter hohem Arbeitsaufwand den Überblick wahr, die Fäden in der Hand hält und die Arbeitsteilung organisiert.

Die Zeitung GEGENWIND wird herausgegeben vom gemeinnützigen GEGENWIND-Verein. Die Gemeinnützigkeit des Vereins schafft theoretisch die Voraussetzungen für die Einstellung einer ABM-Kraft, die die beschriebenen Arbeiten übernehmen könnte. Naheliegender ist dagegen, daß ein/e Wilhelmshavener/in aus dem links-alternativen Spektrum seine/ihre jetzige politische Arbeit aufgibt und die GEGENWIND-Leitung übernimmt. Diese Person wüßte, worauf sie sich mit umfangreicher politischer Arbeit ein-

läßt, ist mit politischen Gegebenheiten vor Ort vertraut und könnte relativ schnell das Vertrauen der verbliebenen GEGENWIND-Mitarbeiter, des Vereins und Informanten gewinnen. Um Zeit für Diskussionen und Überlegungen zu lassen, trifft sich die alte GEGENWIND-Redaktion nach den Sommerferien am Dienstag, dem 9.8.88 um 20.45 Uhr in der Kneipe "Alter Käpt'n". Dort sollen sich diejenigen treffen, die den Wunsch haben, die zurückgetretenen Redaktionsmitglieder bzw. den hauptverantwortlichen Chefredakteur und Organisator zu ersetzen.

Versammeln sich genügend neue Arbeitskräfte, wird gemeinsam ein Konzept der Übergabe und Einführung erarbeitet. Für Nachfragen zu diesem Themenkomplex steht bis dahin Wolfgang Kuschel zur Verfügung. Läßt sich bis zu dem oben genannten Datum kein neues Arbeitskonzept erstellen, wird auf der Versammlung des GEGENWIND-Vereins am Dienstag, dem 23.8.88 in der Kneipe "Alter Käpt'n" die Auflösung der Zeitung bekanntgegeben.

Ben Diettrich für die Redaktion



Der Gegenwind ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternativen gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken vor Ort. Ihr Schwerpunkt liegt dementsprechend im kommunalen Bereich.

Der Gegenwind sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die in der Wilhelmshavener Presselandschaft sonst keine Chance zur Veröffentlichung erhalten.

Der Gegenwind wird durch die Beiträge des gemeinnützigen Gegenwind-Vereins und Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der Leser sind erwünscht.

Die Redaktion

Liebe Leserinnen u. Leser!

Wer fast ein Jahrzehnt allen beruflichen Anspannungen und privaten Turbulenzen zum Trotz diese Zeitung maßgeblich gestaltet hat, steht eigentlich nicht im Zwang, eine publizistische Ruhepause näher begründen zu müssen. Da ich jedoch immer wieder nach meinen Beweggründen gefragt werde und da mein Schritt leider nicht ohne Folgen für die Situation der Wilhelmshavener Alternativpresse bleibt, möchte ich mir einige Anmerkungen zur radikalen Einschränkung meiner Mitarbeit an dieser Zeitung erlauben.

Nach wie vor halte ich Projekte wie den GEGENWIND für unverzichtbar. Macht droht grundsätzlich Schindluder mit demokratischen Spielregeln zu treiben und bedarf daher einer öffentlichkeitswirksamen Kontrolle. Wie weit der GEGENWIND eine solche Kontrolle war und ist, wie weit er korrigierend gewirkt hat, das ist schwer nachvollziehbar. Mehr haben wir vielleicht in den Köpfen derer erreicht, die durch drohende Veröffentlichungen von irgendwelchen Schweinereien

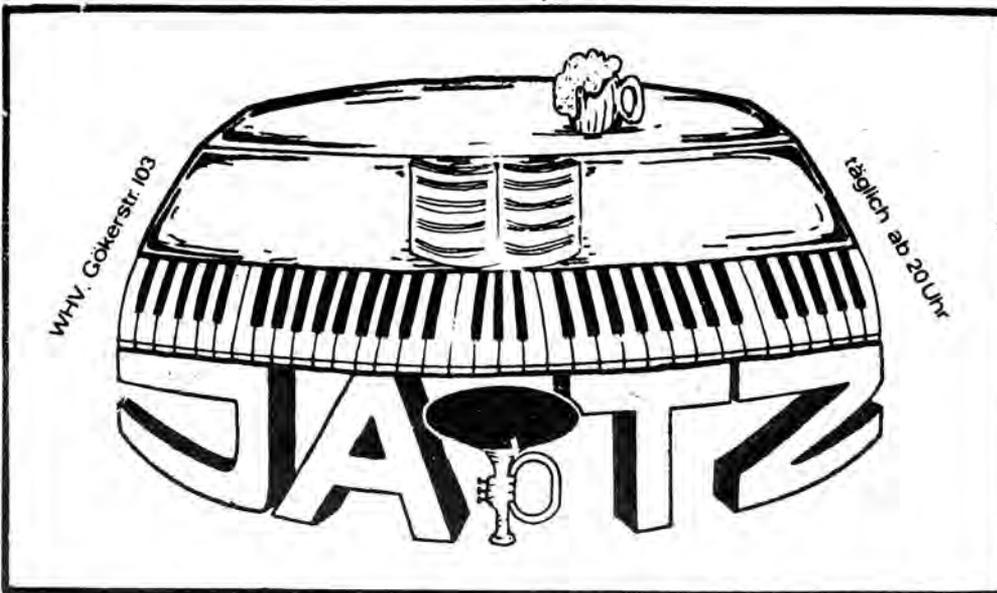
abgehalten worden sind. Aber die werden das natürlich nicht zugeben.

Notwendig ist die Zeitung also nach wie vor und es fällt mir nicht leicht, der Pressearbeit adieu zu sagen. Aber wenn der jahrelange Raubbau an der eigenen Gesundheit erste Spuren hinterläßt, wenn zudem Familie und Beruf verstärkt ihr Recht einklagen, dann ist eine Entscheidung unumgänglich. So wichtig es ist, die Arroganz der Macht durch beharrliches Recherchieren und die Veröffentlichung großer und kleiner Skandale ständig und provokativ in ihre Schranken zu weisen, so sehr wünsche ich mir schon seit Jahren eine vertiefendere inhaltliche Arbeit, als sie die von ständigen Terminzwängen bestimmte Zeitungsproduktion ermöglicht.

Ich hatte mir lange Zeit eine Professionalisierung des Unternehmens GEGENWIND gewünscht. Sie war ebensowenig realisierbar wie eine (häufiger diskutierte) veränderte Aufteilung innerhalb der Redaktion. Die Probleme des GEGENWIND-Koordinators Kuschel sind eben nicht nur die seinen allein, sie gelten für jeden der Mitarbeiter. Sie spiegeln nur die allgemeinen Schwierigkeiten wieder, mit denen Alternativpresse stets zu kämpfen hat. Jeder, der dieses Geschäft betreibt, weiß, daß die nächste Nummer die letzte sein kann. Viele schütteln den Kopf über die Kurzlebigkeit vieler alternativer Publikationen. Verständlich, denn nur wenige wissen, daß Zeitungsarbeit ein Vielfaches von der Zeit verschlingt, die für ein "normales" Vereins-, Partei- oder Gewerkschaftsengagement aufgewendet werden muß. Die

Frage darf nicht heißen: "Warum hört ihr auf?" Sie lautet richtiger: "Wieso habt ihr so lange durchgehalten?"

Die Arbeit am Projekt Gegenwind in dem bisherigen zeitraubenden Umfang einstellen heißt nicht - und ich weiß, daß ich hier auch für die anderen GEGENWINDler spreche, die mit mir diese Arbeit beenden - aufhören, das heißt nicht, daß unsere produktive Wut auf Unrecht und politische Verdummung nun am Ende wäre, daß wir die Politik in der Stadt des "Dreckigen Sumpfes" nicht mehr für unvollkommen und veränderungswürdig hielten. Man wird an anderen Stellen von uns hören und sehen. Was bleibt,



sind Hoffnung und Gewißheit, daß andere es uns nachtun und dann auf ihre Art und Weise die Verhältnisse anprangern werden.

Mir bleibt der Dank an diejenigen, die z.T. über Jahre hinweg dieses Blatt mitgestaltet und durch alle Höhen und Tiefen begleitet haben. Ich habe die Arbeit in der GEGENWIND-Redaktion auch vor allem deshalb besonders geschätzt, weil sie jenseits einfältigen Lagerdenkens eine kultivierte Möglichkeit - oft hitziger - kontroverser Auseinandersetzungen jenseits bornierter Denkverbote, wie man sie oft in Parteien findet, bot. Mein Dank gilt uneingeschränkt auch den Mitarbeitern, die nicht so sehr öffentlich in Erscheinung traten, unserer Schreibkraft, den Verteiler(inne)n und Informanten aus Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung. Nicht zuletzt erwähnen möchte ich die mutigen Angehörigen der städtischen Verwaltung und jene neun Ratsmitglieder aus allen Rathausparteien, die allen Drohungen zum Trotz ein persönliches Risiko nicht gescheut haben, um wichtige Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen. Sie alle haben dazu beigetragen, einem unverändert gültigen Satz des großen Karl Marx einen praktischen Gehalt zu geben: "Man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!"

Auf Wiedersehen

W. Kuschel

AUFRUF

Durch die veränderte personelle Situation (s. Artikel S. 3) stellt sich für die einzige Wilhelmshavener Alternativzeitung die Existenzfrage. Wir suchen Leute, die bereit sind:

- das plurale Konzept dieser Zeitung zu vertreten
- Freizeit zu opfern und Arbeitszeit in die redaktionelle Gestaltung des GEGENWIND zu stecken
- evt. in zeitaufwendiger koordinierender Funktion (s. Art. S. 3) tätig zu werden
- organisatorische Aufgaben zu übernehmen (Verteilung, Kasse, Druck, handwerkliche Erstellung)

Treffen aller Interessenten mit der alten Redaktion zwecks Erarbeitung einer tragfähigen Konzeption

am: Dienstag, 9. August 1988
im "Alten Käpt'n", Gökerstraße 116
Zeit: 20.15 Uhr

Wir bitten nur diejenigen zu erscheinen, die wirklich an einer praktischen Mitarbeit interessiert sind. Nachfragen Tel. 33119

Für die Redaktion
Wolfgang Kuschel



Erzumschlag auf dem Groden Anno 1998

EINLADUNG

zur außerordentlichen Mitgliederversammlung
des GEGENWIND-Vereins / GEGENWIND-Förderkreises

am: Dienstag, 23. August 1988

Ort: Gaststätte "Alter Käpt'n",
Gökerstraße 116

Zeit: 20.30 Uhr

Tagesordnung:

1. Protokoll der Sitzung vom 24.5.88
2. Bericht über die Situation des GEGENWIND
3. Beratung und Beschlußfassung über Fortführung bzw. Auflösung des GEGENWIND-Vereins und die weitere (Nicht-)Herausgabe d. Zeitung
- 4.a) Bericht des Kassenwartes
b) Bericht der Revisoren
c) Entlastung des Kassenwartes
5. Vorstandsneuwahl
a) Vorsitzende(r)
b) Schriftführer(in)
c) Kassenwart(in)
d) Wahl von 2 Revisoren
- 6.a) Wahl eines(r) presserechtlichen Verantwortlichen
b) Wahl des(r) für die Anzeigen Verantwortlichen
7. Verschiedenes

Für den Vorstand

Wolfgang Kuschel

Eine weitere schriftliche Einladung an die Mitglieder ergeht nicht. 

KULTUR KOMMUNIKATION

HOTEL
KLING KLING

WHV Zentrum
Börnenstraße/
Ecke Mitscherlichstraße

MUSIK FÜR DICH

PROGRAMM

- Mi. 1.6. "Artfunk" „NOMEANSNO, Kanada
- Fr. 3.6. Heavy Metal & Klassikrock
- Sa. 4.6. Doppelkonzert mit den WILD STARES u. WORLD DOMINATION ENTERPRISE
- So. 5.6 Videonacht
- Mo. 6.6. NON-POP-DANCING, DJ UWE
- Mi. 8.6. Session zum Mitmachen
- Fr. 10.6. STOREMAGE, NASTY NATION, DIE REGEL
- So. 12.6. Videonacht
- Mo. 13.6. NON-POP-DANCING, DJ UWE
- Mi. 15.6. Bluessession zum Mitmachen
- Do. 16.6. WONDEUR BRASS, Frauenband aus Kanada
- So. 19.6. KGB u. TOXIE REASONS
- Mo. 20.6. NON-POP-DANCING Indie-Chorts
- Mi. 22.6. Bluessession zum Mitmachen
- Fr. 24.6. THE PINK FAIRIES
- So. 26.6. Videonacht

KULTUR KOMMUNIKATION

HOTEL
KLING KLING

WHV Zentrum
Börnenstraße/
Ecke Mitscherlichstraße

MUSIK FÜR DICH

Täglich ab 10.00 Uhr (Sonntag 11.00 Uhr)
FRÜHSTÜCKSVARIATIONEN
Zusätzlicher Kaffee zum Frühstück:
Tasse 1,— DM

Gegenwind Nr. 80

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Fast ein Jahrzehnt alternative Presse in Wilhelmshaven - eigentlich ein Grund zum Feiern - dürfte es doch nur wenige "ehrenamtliche" erstellte Alternativzeitungen geben, die dieses "Alter" erreicht haben. Im Herbst 1978 fing es an. Damals beschlossen wir, dem bis dahin einmal pro Jahr erscheinenden "Rotdorn" der Wilhelmshavener Jungsozialisten ab Nr. 4 Beine zu machen und entwickelten ihn zu einem monatlich erscheinenden alternativen Informationsblatt. Aus dieser Zeit sind heute noch Rolf und Hildegard Biermann sowie Uschi Frank-Kuschel und Wolfgang Kuschel aktiv. Nach zwei Jahren etwa hatten wir uns von ständigen Zensurmaßnahmen und parteibornierter Bevormundung freigestrampelt, im März 1982 trat die Redaktion geschlossen aus der SPD aus und gestaltete fortan in unveränderter Konzeption ab Nr. 39 den "GEGENWIND" (ehemals Rotdorn) als unabhängige "Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz". (Seit damals mit von der Partie: Rainer Weber und Hajo Stolze sowie der größte Teil unserer Verteiler.) Vergeblich bemühten sich die großen Rathausparteien und die Verwaltungsspitze, die gut funktionierenden Informationskanäle zu verstopfen. Im August 1983 versuchte die Verwaltung mittels einer "einstweiligen Verfügung" von uns die Namen von Informanten aus dem Rathaus zu erspressen. Wir schwiegen, zahlten zwei große Braune und waren nach einigen Nachteinsätzen mit ei-

ner leicht umgestalteten Nummer wieder auf dem Markt. Die Auflage hatten wir inzwischen auf gut 5000 Exemplare fast verdoppelt, der Förderkreis wuchs beständig (heute 63 Mitglieder, die monatlich 900,— DM zahlen). Seit Ende 1984 hatte sich uns unser Karikaturist Erwin Fiege angeschlossen, ohne den der GEGENWIND in seiner heutigen Gestalt nicht denkbar wäre.

Die Zusammensetzung der Redaktion spiegelt seither das gesamte politische linke Spektrum von SPD über Gewerkschaftler, Friedensbewegung und Grüne bis zur unabhängigen Linken wider. Wenn der GEGENWIND auch diesen und anderen Gruppen nahesteht, so verzichtete er doch nicht auf die kritische Würdigung ihrer Politik, was uns ab und zu den Vorwurf "unsolidarischen Verhaltens" eintrug. Unsere Leser störte das offenbar wenig: Wenns nur nach der Nachfrage ginge, könnten wir die Auflage getrost erhöhen.

Die GEGENWIND-Redaktion bedankt sich für die z.T. jahrelange Mitarbeit bzw. intensive Zusammenarbeit bei VerteilerInnen, TipperInnen, sonstigen Helfern sowie den Informanten aus SPD, Grüne, CDU, Bürgerschaft, Liberale, Frauenliste, Verwaltung, BUW, Umweltschutz-, Friedens-, Frauen- und Alternativbewegung sowie den vielen Wilhelmshavenern, die uns mit Tips geholfen haben. ●

FORTSETZUNG v. SEITE 1

ARNO DÜSENTRIEB

Die Lärmbelastung soll sich in Grenzen halten. Schreiber in der WZ: "Wohngebiete, darunter Cäciliengröden, sollen nicht überflogen werden."

In Mariensiel sollen Düsenjets vom Typ "Alpha-Jet" landen und starten - "leichte Erdkampfdüsenjäger mit einer Lärmbelastung auf niedrigem Niveau", so G. Heußen und E. Helbrink in der WZ.

Dieses "niedrige Niveau" mag bei einem Vergleich mit Phantom und Tornado stimmen. Gegenüber den jetzt in Mariensiel verkehrenden Flugzeugen handelt es sich allerdings um eine Lärmbelastung auf hohem Niveau!

Die Bewohner/innen Mariensiels haben ja in der Vergangenheit mit einfachen, effektvollen Aktionen gegen den Verkehrslärm gute Erfolge erzielt - gemeinsam mit den südlichen Nachbarn in Cäciliengröden werden sie sich mit Sicherheit noch besser Gehör verschaffen können.

Im Osten: Der Nationalpark

Der Flugplatz Mariensiel ist jedoch nicht nur von Wohngebiet umgeben - im Osten grenzt er direkt an die Ruhezone des Nationalparks "Niedersächsisches Wattenmeer" - also an die Zone des Nationalparks mit der höchsten Schutzanforderung, einem international bedeutenden Brut-, Rast- und Nahrungsgebiet für Wat- und Wasservögel.

Welchen hohen Stellenwert die Natur- und Umweltorganisationen diesem Gebiet beimessen, zeigt die harte Auseinandersetzung mit den Wassersportverbänden um das Befahrensverbot für diese Ruhezone.

Während diese Gruppen sich im wahrsten Sinne des Wortes, beinahe die Schädel einschlagen, sollen nach dem Willen von Arno Schreiber und Co. bald Düsenflugzeuge über diese Schädel hinwegdon-

nern und direkt neben den Brut- und Rastplätzen landen und starten.

Eine Stellungnahme der Nationalparkverwaltung war leider nicht zu bekommen. Auf Anfrage erklärte Herr Zander von der Nationalparkverwaltung, daß man dort gerade den Antrag der Flugplatzgesellschaft auf Erweiterung der Start- und Landemöglichkeiten für Segelflieger und Fallschirmspringer bearbeitet.

Von der beabsichtigten militärischen Nutzung wisse man auch nur aus der Zeitung und solche Zeitungsmeldungen stellen kein Handlungskriterium dar. Die Nationalparkverwaltung sei bis zu diesem Zeitpunkt (25.5.) weder befragt noch beteiligt worden. Grundsätzlich könne er nur sagen, daß "die Nationalparkverwaltung keinen Lärm in direkter Nachbarschaft zur Ruhezone haben will." ●

TRINKFACH —
SEIT 1986

RIZZ CAFE

BIER 10-15 h
ab 20h

GESCHÄFT

SIEBETHSBURGERSTR. 21
WILHELMSHAVEN

RÜCKSTÄNDIGKEIT

wirft SPD-Ratscherr Hans Hartmann dem SPD-Stadtbaurat Heinz-Karl Pröttengeier in Sachen Umweltverschönerung vor. Während es in anderen Städten längst üblich sei, Fassadenbegrünungen in Bebauungsplänen vorzuschreiben, lehne es (wie z. B. erst am 16.5.) der Wilhelmshavener Stadtbaurat beharrlich ab, Begrünungen im innerstädtischen Bereich vorzuschreiben. ●

"Bringt Spaß"

Ausstellungseröffnung: Mitglieder des Atelierstages der Perspektive e.V. zeigen ihre Arbeiten. Grund für eine solche Ausstellung ist, einen Überblick für das zu schaffen, was an einem solchen Tag in der Perspektive passiert. Die drei Ausstellenden, Ilse Postel, Maria Drobisch und Willy Dicke, sagen gemeinsam, daß sie seit ihrer Kindheit malen - warum? Es bringt ihnen einfach Spaß. Die Arbeiten bestehen aus Reiseskizzen, Stilleben und Landschaften, die in Kreide, Bleistift, Pastell und in Öl gefertigt wurden.

Perspektive 3.6.88, 20.00 Uhr

Die Ausstellung läuft bis einschl. 18.6.88



Praktisches Rechenbeispiel aus dem Sozialbereich

„Von allen verlassen?“

HUNGER, ARMUT UND PSYCHOSEN: ÜBER DIE SCHWIERIGKEITEN, MIT RANDERSCHERUNGEN DER WOHLSTANDSGESSELLSCHAFT UMZUGEHEN

(woku) Soziales und psychisches Elend gibt es nicht nur im Asphaltschungel der Großstädte. Hunger und Armut gibt es mitten unter uns - zum Beispiel in einer Wohnung direkt bei der neuentstandenen Geschäftszeile in der nördlichen Gökerstraße.

Seit Jahren lebt dort die 35jährige Frau Janßen (Name geändert) mit ihrer alten Mutter in einer Notunterkunft der Stadt. Außerehelich geboren und in zerrütteten Familienverhältnissen aufgewachsen, fand sie nach der Schule keine Arbeit. Gelegentliche Fließbandarbeiten halfen über das Ärgste hinweg. Dann wieder arbeitslos - jetzt schon seit Jahren. 354,- DM Sozialhilfe pro Monat reichen kaum zum Überleben. Das Verhältnis zur Mutter, die ebenfalls von Sozialhilfe lebt, ist gespannt. Frau Janßen wird alkohol- und tabletten-süchtig. Lautstarke z. T. gewalttätige Streitereien zwischen Mutter und Tochter, ständige Auseinandersetzungen mit den Nachbarn und eine Alkoholpsychose mit schweren Angstzuständen und Halluzinationen bringen sie 1986 für sechs Wochen nach Wehnen.

Die Stadt wird aktiv, ein Gutachter wird bestellt. Verwahrlost und ungepflegt findet er die beiden vor, dazu "stumpf und wenig schwingungsfähig". "Das Schlimmste sei, daß sie immer Hunger hätten." Sein Urteil: Frau Janßen "ist aufgrund ihrer schweren Persönlichkeitsstörung und ihres Hanges zum Alkohol... nicht mehr in der Lage, ihre Angelegenheiten zu besorgen. Sie bedarf dazu eines Pflegers", der sich um ihre Geldangelegenheiten kümmert.

Das Amtsgericht warnt am 8.9.1987 vergeblich vor der Bestellung eines ehrenamtlichen Pflegers: "eine private Person dürfte in diesem Fall völlig überfordert sein". Doch die Stadt hat kein Geld und so nimmt am 6. November ein privater Vermögenspfleger - selbst arbeitslos - mit

viel Engagement die Betreuung auf. Ein erster Hausbesuch wirkt schockierend: Schon im Treppenhaus penetranter Harngeruch, die Wohnungstür durch Beilschläge lädiert, in der kleinen Wohnung Müll, etliche Katzen und Berge von Zeitungen. Der Pfleger: "Das Badezimmer war überfüllt mit Gerümpel, in der Wanne lagen zwei tote Katzen, auf dem Boden im Wohnzimmer ein Haufen Kot." Die Mutter bestätigt, was er aus den Akten weiß: "Es wird kalt, ich friere wie ein Schwein und gehe mit den Sachen ins Bett. Ich habe alles verloren. Ich heize nur mit Pappe, für Kohlen habe ich kein Geld. Ist man schon von allen verlassen? Alle Menschen sind böse." Als der Vermögenspfleger die Sozialhilfe Frau Janßens rationiert, damit sie nicht gleich für Alkohol ausgegeben wird, verschlechtert sich das Verhältnis. Er wird bedroht, sieht in einer Einweisung der Tochter den einzigen Ausweg und organisiert einen Platz in Sanderbusch mit Rehabilitationsmaßnahme. Frau Janßen will zwar aus der Wohnung mit den teilweise abgerissenen Tapeten heraus, versagt dann aber die Zustimmung, als es ernst wird.

Die Stadt winkt ab. Ohne Zustimmung der Betroffenen gibt es nicht so ohne weiteres eine Zwangseinweisung in eine Anstalt. Die früher geübte Praxis, Verhaltensauffällige, die zugebenermaßen anders leben als die Mehrheit der Bevölkerung" (so ein städtischer Mitarbeiter) gleich in eine Anstalt zu sperren, wird abgelehnt. In seinem Eifer, Frau Janßen gegen ihren Willen, aber "zu ihrem Besten" aus der Wohnung zu holen, bittet er den städtischen Amtsarzt, Dr. Michalke, um Amtshilfe. Im

Rahmen eines erregten Gesprächs ("Was soll ich denn mit diesem Scheiß? Wir leisten grundsätzlich keine Amtshilfe.") muß er sich von dem als gelegentlich recht rüde auftretenden Arzt duzen lassen. "Jetzt hau hier ab. Ich werde die Polizei anrufen, daß man sie verbringen wird."

Michalke wirft seinerseits dem Pfleger "ausgeflipptes" Verhalten vor. "Der ist aus der Rolle gefallen und fing an zu toben. Ein berechtigtes Anliegen hatte er nicht an mich."

Frau Janßen hilft das Gerangel wenig. Überforderte private Zwangspfleger, Behörden, denen die Hände gebunden sind, eine Wohlstandsgesellschaft, die kein Geld aufbringen will für die, die das Pech haben, mit Arbeitslosigkeit, Armut und Alkohol großgewandt zu sein - aber vielleicht hatte sie ja noch "Glück". Der ärztliche Gutachter wirft ihr zwar "Arbeitsscheu" vor, doch "daß sie nicht in Kriminalität und Prostitution hineingeraten ist, mag auf einen Rest von innerlichem Halt zurückzuführen sein." ●

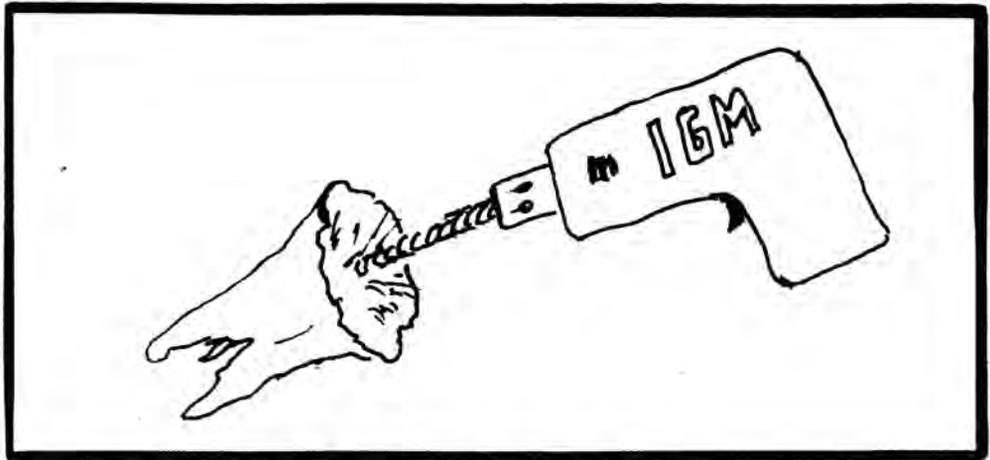
OLDEN-FOLK-FESTIVAL

vom 10.-12. Juni 88 in Oldenburg, Neues Gymnasium, Alexander Str. 90.

"Oisin" - the best of the best - aus Irland, ist diejenige Gruppe, die Freitag, den 10. Juni 88, 21.30 Uhr, im Anschluß an die Eröffnung des Festivals den musikalischen Reigen beginnen wird. Am Samstag (11.6.) wird der Nachmittag um 15.00 Uhr mit fetzigem Rock von der "Bombadil Band" in Schwung gesetzt. Non-Stop folgen dann Gruppen wie "Lilienthal", "Caralan-Due", "Raven", "Triangel", "Schmelztiegel" sowie Helmut Debus/Paddy Maindock. Am Sonntag (12.6.) wird die Reihe durch Konzerte mit Ian Mackintosh, Rudolf Kucharzyk, "An Erminig" und "Ukamau" fortgesetzt. Ein Folk-Markt, Workshop, Kinderprogramm, Preisverlesung sowie Erbsensuppe aus der Gulaschkanone (Sonntag) umrahmen das Festivalprogramm, das am Sonntagabend mit dem musikalischen Beginn des Kultursommers seinen Ausklang nimmt.

SINTI

Alljährlich treffen sich Sinti aus Frankreich, Spanien und Portugal in Saintes-Maries-de-la-Mer in der Carmargue. Grund dieser Wallfahrt ist die Verehrung ihrer Schutzpatronin Sara. Nach langer Irrfahrt in einem ruderlosen Boot war Sara mit anderen Christen auf der Flucht aus dem Heiligen Land an dieser Stelle gelandet. Der exotische Sara-Kult bei den vielgefilmten Zigeunerwallfahrten ähnelt der Verehrung der schönen Allmutter Durga in Nordwest-Indien, dem Ursprungsland des schwarzäugigen Wandervolkes. Herbert Buckmiller hat einige Jahre seinen Urlaub bei und mit Sinti in Saintes-Maries verbracht und viele wunderbare Dias von dem bunten Treiben mit Volksfestcharakter gemacht. Eine Auswahl zeigt er am 2.6.88 um 20.30 Uhr in der Perspektive. ●



DURCHBRUCH

ZAHNTECHNIKER ERHALTEN TARIFVERTRÄGE.

(RaWe) Den Durchbruch durch starre Arbeitgeberfronten erreichte die IG-Metall. Ihr gelang es, zum erstenmal für den Bereich der Zahntechnik, Haustarifverträge abzuschließen. Durch die Vereinbarung mit mehreren südniedersächsischen Labors begann der sicherlich noch steinige Weg bis zur umfassenden tarifvertraglichen Absicherung für den gesamten Bereich Zahntechnik.

Die Zahntechnik war einer der letzten handwerklichen Bereiche, in denen bisher noch keinerlei tarifvertragliche Absicherungen für Beschäftigte galten. Die Vertretung durch eine DGB-Gewerkschaft war lange Zeit nicht klar definiert. Seit zwei Jahren hat nun die IG-Metall die Vertretung der Interessen von Zahntechnikern übernommen. Dabei stellte die Gewerkschaft fest, daß die Lage in diesem Bereich lange nicht so rosig ist, wie sie allgemein dargestellt wird. Die Mitarbeiter sind weitgehend auf sich alleine gestellt und ohne Rückendeckung. Urlaubs- und Gehaltsleistungen sowie die Höhe der Ausbildungsvergütungen stehen oft weit hinter denen der Allgemeinwirtschaft zurück. Die Ausbildung läßt in vielen, vornehmlich kleineren Labors, sehr zu wünschen übrig. Sie wird oft lediglich nur vor den Prüfungen intensiviert. Aber hier gibt es auch lobenswerte Ausnahmen in der Branche.

Umschüler werden vor allem wegen des günstigen Kostenfaktors gern ausgebildet. Für die Zeit der Maßnahme zahlt das Arbeitsamt. Außerdem sind Umschüler oft sehr motiviert und produktiv. Somit steht dem Betrieb eine lernwillige und billige Arbeitskraft zur Verfügung, welche freilich oft nach Beendigung der Ausbildung gegen eine neue ausgetauscht wird. Das Arbeitsamt guckt dann zwar dumm aus der Wäsche, kann aber nichts machen. Die vom Ausbildungsbetrieb vor jeder Umschulung zu gebende Übernahmegarantie muß nicht eingehalten werden. Auch das vom Arbeitsamt (Steuerzahler) aufgebrauchte Geld muß der Betrieb nicht erstatten.

Gutgeführte und mitbestimmte Labors sind weiterhin die Ausnahme von der Regel. Chancen auf guten Verdienst haben nur Spitzenkräfte. Die vielen Angelernten bzw. Hilfskräfte müssen sich oftmals mit Minimal-Einkommen begnügen. Überstunden sind fast die Regel und der Leistungs- und Konkurrenzdruck nimmt ständig zu. Dem Boom der 70er Jahre folgte eine Rezession mit starkem Abbau von Personal. Auch hier oftmals ohne sonst üblichen wirksamen Kündigungsschutz.

Den Sinn von tariflichen Absicherungen für beide Seiten haben fortschrittliche Labor-Besitzer längst erkannt. Aber viele halten immer noch an einer starren, anti-gewerkschaftlichen Position fest. Die IGM arbeitet daran, tarifliche Vereinbarungen flächendeckend zu erzielen. Auch für Wilhelmshaven. An mehreren Abenden fanden bereits für Interessierte Gesprächs- und Informationsveranstaltungen statt. Einige Labors im hiesigen Raum wählten bereits Betriebsräte. Unbefriedigend ist nach wie vor der niedrige Organisationsgrad der Kolleginnen und Kollegen, obwohl das Interesse an gewerkschaftlicher Unterstützung groß ist. In Oldenburg läuft es hingegen schon sehr viel besser.

Dazu Wolfgang Langer von der IG - Metall Wilhelmshaven: "Die Zahntechniker wissen durchaus um die Probleme und sind an unserer Hilfe schon interessiert. Aber anscheinend hält der in diesem Jahr noch bestehende Auftragsboom (nächstes Jahr wird der Kostenbeitrag der Versicherten zum Zahnersatz beträchtlich erhöht, die Red.) und damit die relativ günstige Beschäftigungslage die Kolleginnen und Kollegen noch größtenteils von einer Organisation ab. Das ist bedauerlich, denn im nächsten Jahr gehen die Probleme in diesem Bereich erst richtig los."

Informationen kann jeder Interessierte bei der Verwaltungsstelle der IG-Metall Wilhelmshaven, Kieler Str. 63, und / oder telefonisch unter 22126/22127 erhalten. ●



**"WAS WOHL UNSER STADT-DIREKTOR DA OBEN SUCHT?
EINEN NEUEN STADT-KÜNSTER, ERNA?"**

Wegen Renovierungs- bzw. Umbauarbeiten bleibt das APOLLO vom 7. bis einschl. 27. Juli '88 geschlossen!!!

ENTMÜNDIGUNG

STADT ERFÜLLT DIE BEDINGUNG DER WUG, DAS ERZ-/KOHLE
VORHABEN OHNE BÜRGERBETEILIGUNG DURCHFÜHREN

(buw/jm) Die Bürger informieren und mit ihnen diskutieren! Das haben sich SPD und CDU anlässlich des Erz-/ Kohleumschlagvorhabens der Wilhelmshavener Umschlag- und Verkehrsgesellschaft (WUG) auf ihre Parteifahren geschrieben. Doch im Windschatten folgenloser Palaververanstaltungen ist die Stadtverwaltung - gestützt von einer SPD/CDU-Ratsmehrheit - dabei, die gesetzlich vorgesehene Bürgerbeteiligung an dem Planverfahren zu vereiteln.

Während der Normalbürger zuvor das Einverständnis seines Grundstücksnachbarn einholen muß, wenn er eine Garage an die Grenze setzen will, soll demnach die WUG eine staubende, lärmende und zudem noch unansehnliche Umschlaganlage in Geniusstrandnähe betreiben dürfen, ohne daß die Nachbarn für ihre Bedenken und Verbesserungsvorschläge auch nur rechtliches Gehör finden.

Als Rechtsgrundlage muß dafür eine bürgerfeindliche Anwendung des Bundesbaugesetzes erhalten, indem die Stadt mit einer reichlich eigenwilligen Auslegung des § 35 (Bauen im Außenbereich), die grundsätzlich vorgesehene Beteiligung der Bürger (§ 3) auszuhebeln versucht.

Solch eine Variante praktizierter Bürgernehe ist bisher nur aus Bayern (WAA Wackersdorf) bekannt geworden. Es drängt sich hier der Eindruck auf, daß Stadtverwaltung und Ratsmehrheit einer kapitalstarken Minderheit Spanndienste zur Durchsetzung eines generellen Ausnahmerechts für Industrieansiedlungen und Atomkraftwerke leisten. Trotz wortreicher tatsachenvernebelnder Erklärungen aus Kreisen der "Partei mit dem sozialen Gewissen", steht jedoch der Erstellung eines Bebauungsplanes - der die Voraussetzung für die Bürgerbeteiligung bildet - juristisch nichts im Wege.

Im Gegenteil: Es müßte geprüft werden, ob die Stadt nicht dazu verpflichtet ist, einen Bebauungsplan zu erstellen. SPD- und CDU-Führung werden auf ihren Veranstaltungen aber kaum zur Klärung der Rechtslage beitragen.

Sie und die Stadtverwaltung starren nur noch gebannt auf das immer tiefere Abgleiten der Stadt und greifen blindlings nach jedem erreichbaren Strohalm. Den bietet ihnen die WUG. Er besteht aus 15 (fünfzehn) Arbeitsplätzen und DM 100.000

(einhunderttausend) Gewerbesteuer jährlich (bis sie abgeschafft wird).

Das wiegt schwerer als z.B. das "Kommunalpolitische Grundsatzprogramm der SPD", welches gleich so loslegt: "Das programmatische Ziel der SPD ist die Veränderung der bestehenden Gesellschaft zu einer neuen Gesellschaft, die für jeden einzelnen die freie Persönlichkeitsentfaltung und die selbstverantwortliche Mitwirkung am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben besser als bisher gewährleistet."

Angesichts der rauhen Wirklichkeit entpuppt sich das dann schnell als Phrasendrescherei.

So ist denn auch Herbert Danne Meyer Geschäftsführer der WUG, sicher, "...spätestens im Sommer dieses Jahres..." (Jeversches Wochenblatt v. 22.4.88) grünes Licht für das Ansiedlungsvorhaben in Geniusstrandnähe zu erhalten. Was passieren wird, wenn die Stadt doch noch einen Bebauungsplan erstellt, hat er auch schon angekündigt: "Dann vergessen wir die ganze Sache!"

Herr Danne Meyer treibt aber keineswegs die Sorge um, daß durch die Erstellung eines Bebauungsplanes seine Erz-/ Kohlepläne zu Fall gebracht werden könnten, denn dafür gibt es keine Gesetzesgrundlage. Er befürchtet lediglich, daß sich seine Pläne dadurch um zwei bis drei Jahre verzögern könnten und bis dahin seien ihm die Kunden weggelaufen.

Den Voslappern und Rüstern seiern eröffnet sich durch die Ankündigung von Herrn Danne Meyer eine ungeahnte Möglichkeit: Gelingt es ihnen, von der Stadt die Erstellung eines Bebauungsplanes zu erwirken, dann ist das WUG-Vorhaben gescheitert.

Vorausgesetzt, Herr Danne Meyer hält Wort! ●



"Interessant, wie diese Heinis von der Stadt nach jedem Strohalm greifen, auch wenn es hinterher lärmt und staubt"

GNOM HURLIPUR

"Gnom Hurlipur" ein getanztes Märchen für Kinder ab 5 Jahren und Erwachsene zeigt das renommierte Koblenzer Tanztheater Regenbogen am Sonntag, dem 26. Juni um 16 Uhr im Wilhelmshavener Pumpwerk. Gnom Hurlipur freut sich riesig, daß eine kleine Tänzerin ihn - einen Naturgeist - sehen kann und lädt sie ein, ihm in sein Reich der Naturgeister zu folgen. Doch nur indem das Mädchen mit Hingabe und Freude tanzt, gelingt es ihr, die Naturgeister aus ihren Verstecken hervorzulocken. Gnom Hurlipur ist ein Tanzmärchen, daß von einer professionellen Tanz-Compagnie getanzt wird und sicherlich viele Kinder und Erwachsene in seinen Bann zieht und viel Freude am Tanz und Ballett ausstrahlt. Pumpwerk, 26.6.88, 16.00 Uhr

KAFKA

"Ein Bericht für eine Akademie" ist der Titel eines Ein-Personen-Stücks von Franz Kafka. Präsentiert wird dieser Stoff von der Bremer Schauspielerin Cornelia Petmecky am Freitag, 10.6.88 um 21.00 Uhr in der Perspektive. Zum Inhalt: Ein Affe - angeschossen und in einen Käfig gesperrt - sucht einen Weg aus seiner Gefangenschaft. Er entscheidet sich für die Menschwerdung. Dieses "zivilisierte" Tier hält dem Menschen einen Spiegel vor, der sich selbst als die "Krone der Schöpfung" versteht und wirft ein ganz anderes Licht auf die Menschheit. Perspektive, 10.6.88, 21.00 Uhr

Do. - So. 20.00 Uhr:

Ballettfilme im APOLLO (1):

Die Kameliendame

3. - 12. 6.

Bundesrep. 1987; 125 Min.; Regie u. Choreographie: John Neumeier; mit Marcia Haydee, Ivan Liska, Francois Klaus, dem intern. Ensemble des Hamburger Ballets u.a.; ab 6 J. ERSTAUFFÜHRUNG !!!

'Die Kameliendame' von Alexandre Dumas d. J. ist eine der großen tragischen Liebesgeschichten der Weltliteratur. Zur Musik von Frederic Chopin schuf Neumeier sein weltberühmtes Ballett.

Mo. - Mi. 20.00 Uhr: Pünktlich zur GOYA-Ausstellung in der Kunsthalle:

G o y a

DOR/ UdSSR 1969/70; 135 Min.; Regie: Konrad Wolf; nach dem Roman von Lion Feuchtwanger; mit Donatas Banionis, Fred Düren u.a.; ab 6 J. Der Weg des spanischen Hofmalers Francisco Jose de Goya (1746-1828) vom Favoriten der Königin zum politisch bewußten Gesellschaftskritiker und Emigranten.

APOLLO

PUMPWERK

- 1.6. 20.30 BLUES-BROTHERS-SHOW
- 2.6. 20.30 "F/X-Tödliche Tricks" Thriller
- 3.6. 20.30 GRACE KAIROS Soul Pop
- 4.6. 21.00 SEX TOTAL Kabarett
- 5.6. 11.00 Flohmarkt, u. THISTLE & CLOVER
- 7.6. 20.00 BIERGARTEN-FETE Oldtime Jazz
- 8.6. 19.00 "Pop Treff nach 7" Klönen und Musik f. Behinderte u. Nichtbehinderte
- 9.6. 20.00 "Kommunales Wahlrecht für Ausländer?" Diskussion mit Innenminister Hasselmann, Julio Molina, Vertr.d.SPD, Frauenliste DGB, Grüne, Ausländerbeirat.
- 11.6. 21.00 THE MUSHROOMS Beat-Rock Oldie
- 12.6. 11.00 SWING TIME STAGE BAND Swing
- 15.6. 21.00 COLOUR RED Gitarr.Pop
- 16.6. 20.30 "SPALTPROZESSE" Film
- 18.6. 21.00 WERNER LÄMMERHIRT Gitarr.

- 19.6. 11.00 OLDIE REVIVAL BAND
 - 20.30 DIETRICH KITTNER Kabarett
 - 22.6. 19.30 Wiking-Modellbörse
 - 23.6. 20.30 "THE ROCKY HORROR PICTURE SHOW"
 - 24.6. 20.30 POCUT 5 Oldie-Rock
 - 25.6. 21.00 TANZTHEATER REGENBOGEN
 - "Die Seele ist v. Schrecken angst..."
 - 26.6. 11.00 PHIL SHACKLETON Folk-Sänger
 - 16.00 "GNOM HURLIPUR" f. Kind. ab 5
- Windfest
- 30.6. 20.00 im Zelt, Zirkus Lauenburger
 - 22.00 "Engel-Wörmann-Company, Comedy Duo, Steptanz, Jongl., Artist.
 - 23.00 Bremer Samba Gruppe AUF TEUFEL KOMM RAUS (Brass Big Band)
 - 21.00 Im Pumpwerk: Andalusische Folklore, Tuna de Derecho

VERANSTALTUNGEN

- 1.7. 15.00 im Zelt: Zirkus Lauenburger Kinderprogramm, Kinderzoo, Spielmobil mit Kinderaktionen
- 20.00 Zirkus Lauenburger Flamenco Vivo-Flamenco Musik Candela Salsa Musik
- 20.00 im Pumpwerk: Oldie Rock, Ballerm. Tuna de Derecho
- 2.7. 11.00 Flohmarkt, Kinderzoo, Spielmob.
- 11.00 im Zelt: Sacromonte Folk Espan.
- 12.00 Las Cantigas Trad.Span.Musik
- 14.00 Zirkus Lauenburger
- 15.30 Las Cantigas
- 16.30 Sacramento
- 17.30 Tuna de Derecho
- 20.00 im Zelt: Zirkus Lauenburger, Manos Flamenco, Monacos Blues

- 20.00 im Pumpwerk: Musik & Co. West-Coast Rock, Tuna de Derecho
- 3.7.14.00 Zirkus Lauenburger
- 11.00 im Pumpwerk: Olaf King Quartett Dixieland, Tuna de Derecho

ÖKO-CAMP

Die Stadt Wilhelmshaven bietet interessierten Jugendlichen während der Sommerferien vom 20.6.88-24.6.88 ein ökologisches Feriencamp in der Umweltstation Ifens/Butjadingen an. Während des fünftägigen Aufenthaltes in einem alten Grodenhaus habt Ihr Gelegenheit, in entspannter und lockerer Atmosphäre die Umwelt intensiv zu erleben, zu erforschen, zu analysieren und zu genießen.
Auskunft: Stadtjugendpflege, Tel. 17544

GALERIE M

Vernissage: 12.6.88, 18 Uhr
Draco, Malerei, Künstler in Chile lebend, Flor Auth, Tonarbeiten, Künstlerin aus OL
Einführ.: Gustave Becerra-Schmidt, Prof.f. Kompositions- u. Musikwissenschaft Uni OL

EV. ENTWICKLUNGSHILFEKREIS

Jeden 2. u. 4. Montag im Monat außer an Feiertagen u. in den Sommerferien) um 19.30 Uhr Treffen im Gemeindehaus, Heppenser Str. 2 9. Nähere Informationen unter Telefon 8 33 05.

AUTONOMES PLENUM

Montags 20 Uhr im Orlando, Börsenstraße öffentliche Sitzung.

JUSOS IN WHV

Mitgliederversammlungen (öffentlich) jeden 2. Samstag im Monat 15 Uhr, Seminarraum Perspektive (Eing. Okinawa)
Klönssnack: jeden 1. u. 3. Freitag im Monat 18 Uhr Jugendhaus Kirchreihe
Kontakt: Tel. 304439

AK SÜDAFRIKA

jeden 1. Mittwoch im Monat 20.00 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kieler Str. 63

VVN - Bund der Antifaschisten

j.1.Mon., 20 Uhr, Café Orlando

ANTIFA-STAMMTISCH

jed.2.u.4.Mittw.i.Monat 20 Uhr, Gate Orlando

AIDS-HILFE

Beratung: Mo., Die., Do. 19-21 Uhr, Bremer Str. 139, Tel. 21149
Spendenkto. 20042299 (282 501 10) Spark.W.

TEESTUBE BANT

Teestube der Ev. Jugend Bant Werftstr.75
Mo - Fr ab 15 Uhr, Tel. 2 24 34

TIERRECHTSBEWEGUNG

Hauptstr. 4, 2948 Schortens 2,
Tel. (04421) 70 10 55

WILLI-BLEICHER-ZENTRUM

Gewerkschaftshaus Kieler Str. 63, Geöffnet
Mo - Do 19 - 22 Uhr

GEWALT GEGEN FRAUEN

Offen für alle interessierten Frauen, legt etwa monatlich im Cafe Orlando. Kontakt: Tel. 12220 oder übers Orlando (44646)

KOKI IN DER PERSPEKTIVE

NAME DER ROSE

4.6.u.5.6. 20 Uhr Der Name der Rose

Nach dem gleichnamigen Buch von Umberto Eco, das in Europa Millionenauflagen erreichte, inszenierte in Italien und Deutschland Regisseur Jean-Jaques Annaud diesen faszinierenden Mittelalter-Krimi. Sean Connery als Franziskaner-Mönch William von Baskerville und sein Adlatus kommen in ein Benediktinerkloster in Norditalien (1327). Zur Vorbereitung eines Treffens von Franziskanern mit einer päpstlichen Gesandtschaft, geraten sie in eine Serie von mysteriösen Morden. Ein Fall für "James Bond?"

PERSPEKTIVE

- noch bis 27.6. Ausstellung Karin Jahn "Gier-Neugier-Wißbegier"
- 2.6. 20.30 Diashow v.H.Buckmiller "Buntes Treiben in Les Saintes Maries"
- 3.6. 20.00 AUSTELLUNGSERÖFFNUNG: Teiln. des Ateliertages der Perspek. stellen ihre Bilder aus
- 4./5.6.20.00 Koki: Im Namen der Rose
- 10.6. 20.30 "Ein Bericht ü. eine Akademie" Ein-Personen-Stück mit Corn. Petmucky aus Bremen
- 16.6. 20.30 Hermann Bartelt und das Casaloma-Swingtett
- 19.6. 15.00 KINDERNACHTMATTAG "Murx kennt jeder" E.Rennebach, Marionetten

SEX TOTAL

"Sex-Total" - eine pralle Satire zwanzig Jahre nach Ausbruch der sexuellen Revolution zeigt das Kabarett-Trio Achim Konejung, Horst Schroth und Michael Batz am Samstag, dem 4. Juni um 21.00 Uhr im Wilhelmshavener Pumpwerk. Das Kabarettprogramm einschließlich Vor- und Nachspiel ist eine Produktion der Kampnagel Fabrik Hamburg und wurde dort 17 mal vor überfülltem Hause gespielt. Die sexuelle Revolution ist tot. Wer "in" sein will,

macht keinen Sex, sondern redet, schreibt, visualisiert, programmiert Sex. Zum Beispiel am Telefon, am Computer. Die drei Sex-Simulanten Batz, Schroth und Konejung bringen das, was man über Sex gar nicht wissen will, aber schon immer geahnt hat: Plastik statt Jute. Eine turbulente Suche nach dem Höhepunkt. "Sex Total" zeichnet ein erotisches Sittengemälde der ausgehenden 80er Jahre. Eingerahmt wird dieses Panoptikum des Zeitgeistes und der Moden mit Songs, mit Bildern - das erste geile Kabarett. Eine Annäherung an die Allgemeine Verunsicherung, an die zwiespältig gewordenen Gefühle im Dunkel der Nacht. In der Revue "Sex Total" geht es um die Prüderie, die sich per Aids eingestellt hat. Pumpwerk 4.6.88, 20.00 Uhr

MARIONETTENBÜHNE

Langsam hebt sich der rote Vorhang. Fanfarenklänge ertönen im Hintergrund. Puppen tanzen auf der Bühne. So beginnt jede Vorstellung des kleinen Marionettentheaters des 18jährigen Wilhelmshavener Elco Rennebach. Elco spielt seine Geschichten allein, ebenso entwirft er die jeweiligen Bühnenbilder, installiert die elektrische Anlage. Umrahmt werden die Aufführungen jedesmal von Überraschungseffekten, die den zuschauenden Kindern Begeisterungsschreie entlocken. Elco ist mit seiner Marionettenbühne am Sonntag, den 19.6.88 um 15.00 Uhr in der Perspektive zu Gast. Das Stück heißt: Murx kennt jeder. Der Inhalt: der wird nicht verraten!

Ständige Termine PAVILLON

AMNESTY INTERNATIONAL

Jeden Dienstag um 20.30 Uhr in der Perspektive

SENIORENCREIS

DES DGB

Kielerstraße 63,
Näheres Tel. 2 16 41
o. 2 60 42

ARBEITSKREIS SCHULE-KULTUR

jd. 2. Montag i. Monat 20.00 h Perspektive

ARBEITLOSESELBSTHILFE

ARBEITSPLATZINITIATIVE FÜR FRAUEN

Kostenl. Beratg.in Konfliktsituat.
Mo.-Frei. 9-13h, 14-16h,
Mi. nur 13-20h. Anleitung zum Selbst-nähen Mo.-Frei. 9-13h, 14-17h, Tel. 44445

BÜRGERINITIATIVE GEGEN

AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Kontakt über Tel. 44044

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ

Pumpwerk-Nebengebäude, Kontakt T. 44000

BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ (BUND)

Jeden letzten Dienstag im Monat um 20 h in der Gastst. "Zaal:er Käpt'n" Gökterstr.116

DFG/VK

Beratung für Kriegsdienstverweigerer jeden 2. u. 4. Dienstag 19.30 Uhr, Orlando
Börsenstr., Gruppenabend jeden Mittwoch 20 Uhr, Pumpwerk-Wohnhaus

DRITTE-WELT-LADEN

Mittwochs 15-18 Uhr, Gemeindehaus d. Banter Kirche, Werftstr. 75

FRAUENCAFE "BACKSTUBE"

Jeden 3. Samstag i. Monat ab 17 Uhr
Buchläden lesen und schreiben, Albrechtstr.

AUTONOME WHV

Kontakt: 303291, Rainer Dunker

FRAUENHAUS

Frauenhaus: Tel. 22234 Frauen in Not

FRAUENINITIATIVE 8. MÄRZ

Kontaktadresse: Sylke Hartmann Tel. 22847

FRAUENLISTE

Jeden vierten Mittwoch im Monat 20.00 Uhr
Theatercafe Kulisse

FRAUENZENTRUM

Börsenstr. 25, Lagerhaus, Treffen jeden Donnerstag, 20.00 Uhr

ARBEITLOSENINITIATIVE

Werftstr. 71 (Diakonisches Werk)

PERSPEKTIVE

Schellingstr. 21, tgl. ab 19.00 Uhr geöffn.
mittwochs geschlossen
montags ab 19.00 Uhr Nichtraucherstag
dienstags 10 - 17 Uhr Ateliertag

KRÄHENBUSCH

Lessingstr. 1, Tel. 297-784/544
Teestube: Mo, Mi u. Fr. von 15-20 Uhr
für Jugendliche ab 14 Jahren. Offener Bereich für Kinder jeden Tag bis 18 Uhr
Donnerstag: Kursus in Gießkeramik ab 14 J.
15-17 Uhr / kostenl. Dienstags: Spanischer Gesprächskreis 16-17 Uhr, Teiln. bis 25J. Grundkenntnisse
Dienstags: Kindernachmittag 14.30-16.30 Uhr für Kinder von 6-10 J. Anmeldg. in der Freizeitstätte
Tel. 297-784

FRIEDENSBEWEGUNG-WHV

Do. alle zwei Wochen jede gerade Kalenderwoche um 20.00 Uhr im Türk. Kommunikationszentrum, Rheinstr. 123, Kont. Tel. 44502

GEGENWIND-REDAKTION

Dienstag 20.30 Uhr, Tel. 33119

GRÜNE

Öffentliche Mitgliederversammlung jeden 1. Mittwoch i. Monat, Kulisse (Stadttheater)
öffentl. Stammtisch, mittwochs, Grünes Büro, Peterstr. 70

Blumenstr. 15-17, Öffnungszeiten:
Mo - Frei, 14 - 21 Uhr

GRAUE PANTHER

Do. 9.6./Mo. 20.6./Die. 5.7. jew. 19 Uhr
Teestube Kluntje

KUNSTHALLE

12.6.-6.7.88 Goya-Ausstellung
ab 22.7. Polnische Malerei seit 1945
Eröffnungsvortrag Dr. Aurelia 20 Uhr

OPRLANDO-CAFE

Jeden 1. Montag im Monat, 20 Uhr
VVN Mitgliedertreffen
Jeden 1. u. 3. Mittwoch 20 Uhr
Schwulengruppe
Jeden 2. u. 4. Dienstag 19.30 Uhr
Kriegsdienstverweigererberatung (DFG/VK)
Jeden 1. u. 3. Sonntag 19 Uhr
Tierrechtsbewegung

SCHWULENGRUPPE

jeden 1. u. 3. Mittwoch, 20 Uhr im Orlando, Börsenstr. (Café)

SELBSTHILFEGRUPPE

KINDESMISSBRAUCH

TABU: Tel. 2 22 34

SDJ/DIE FALKEN

Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken. Treffen jeden Dienstag 19.30 h im Jugendheim Kirchreihe, Kirchreihe 15

SOS-JUGENDBERATUNG

Schillerstr. 8, Tel. 1 27 11, 14-15 Uhr und nach Vereinbarung. Teestube: Mo 15-18 h Mi und Frei 18-21 h

STADTJUGENDRING (sjr)

Öffentliche Vorstandssitzung jeden Montag 19-20 Uhr im Jugendheim Kirchreihe 18a
Telefonkontakt: 297 547

STADTSCHÜLERRAT

Montag (außer Ferien) 17 - 18 Uhr
Jugendheim Kirchreihe 18a, Tel. 297 547
sowie 30 10 63

STILLGRUPPE

Jeden Dienstag 15 Uhr, jeden Mittwoch im Monat/Monat 20 Uhr in Grafenschaft, Fokko-Ukena-Str. 2, Margret Wierich-Lux (04423) 6457

Machtgewinn und Machterhalt

PROTOKOLLFÄLSCHUNGEN IM RATHAUS.

GRÜNE AUSGETRICKST: POLITISCHE KULTUR IM RATHAUS

(woku) Daß Politiker zur Wahrheit ein ganz spezielles Verhältnis haben, weiß man nicht erst seit Lambsdorff, Barzel und Barschel. Daß die junge Führungsriege der SPD, die noch vor wenigen Jahren gegen die faulen Tricks des "dreckigen Sumpfes" ankämpfte, ihre Vorgänger offenbar nicht nur im Amt beerbt hat, ist hingegen neu.

Zwei grüne und ein sozialdemokratischer Ratscherr klagen gegen den Rat, vertreten durch den SPD-Ratsvorsitzenden, Oberbürgermeister Eberhard Menzel, weil er am 20. April bei der Erörterung und Abstimmung über die Schulverlagerungen alle Lehrer samt und sonders als "befangen" aus dem Ratssaal schickte, obwohl sie - wie z. B. die IGS-Lehrer - von den Entscheidungen nicht im mindesten berührt waren. Nur gegen Schluß der monatelangen Schuldebatte hatte eine große Koalition aus SPD- und CDU-Führung durch eben die Feststellung, daß die IGS von dem ganzen Gerangel nicht betroffen sei, die IGS-Lehrer "befangen" gemacht. Vor Gericht soll nun also geklärt werden, wieso eine ganze Berufsgruppe ohne Unterschied des Arbeitsplatzes aus dem Saal mußte, obwohl z. B. ein Bauunternehmer im Rat durchaus mit abstimmen darf, wenn es um einen Auftrag für einen Angehörigen derselben Branche geht. Und zum zweiten: ob es rechtens ist, eine ganze Fraktion, nämlich die Grünen, von Debatte und Abstimmung auszusperrern, indem man sie für befangen erklärt.

Oberbürgermeister Menzel reagierte rasch auf die Klage und ließ das Verwaltungsgericht in Oldenburg wissen, die IGS sei von Anfang an in der Schuldiskussion be-

troffen gewesen und: die befangenen Ratsmitglieder hätten schließlich "freiwillig" und ohne besondere Aufforderung den Saal verlassen - was beides schlichtweg falsch ist.

Das Klägertrio, bestehend aus dem SPD'ler Karl-Heinz Föhlinger (Comeniussschule) und den Grünen Gerd Kläne (Heppens) und Werner Biehl (IGS) wollte nun das zeitlich nach der Klageerhebung erstellte offizielle Ratsprotokoll zu Hilfe ziehen - aber das schwieg sich zu dem turbulent abgelaufenen Befangenheitszirkus am 20. April aus. Als sie das üblicherweise mitgeschnittene Tonbandprotokoll einhören wollten, erklärte man ihnen, das sei bereits gelöscht worden - was besonders Erstaunen hervorrief, war doch das vorgelegte schriftliche Protokoll a) bereits in Kenntnis der anhängigen Klage abgefaßt worden und b) das schriftliche Protokoll vom Rat noch nicht genehmigt worden.

In der folgenden Ratssitzung am 18. Mai bat der Grüne Werner Biehl folgerichtig um Aufnahme der unterschlagenen Passagen ins offizielle Protokoll. OB Menzel - sich der Tragweite der Protokollergänzung offenbar nicht bewußt - hatte zunächst

Nee Junge, für eine echte "Wilhelmshavener Sumpfsuppe" brauchst Du noch ein paar Zutaten.



nichts dagegen, wurde aber rasch von Rechtsamtsleiter Wolfgang Frank gebremst, der - die Kosten einer Niederlage im Rechtsstreit mit den drei Lehrern vor Augen - feststellte, Biehl dürfe gar keinen Antrag stellen, da er wegen des laufenden Rechtsstreit ja befangen sei (was ihn nicht hinderte, seinen in dieser Sache ebenfalls befangenen Genossen Menzel die Sitzung weiter leiten zu lassen). Als Beate Latendorf (Frauenliste) jetzt Biehls Protokolländerungsantrag übernahm, bat Menzel hilflos Frank um eine Rechtsauskunft. Der Rathausaufsteiger aus der Eickmeier-Ara erklärte nun, alle Beteiligten (mit Ausnahme des betroffenen, aber wohl nicht befangenen Oberbürgermeisters) hätten bei der Abstimmung über den Änderungsantrag aus dem Saal zu verschwinden. Im übrigen versuche natürlich jemand - so ergänzte Frank ungefragt - "der im Rechtsstreit liegt und glaubt diesen zu verlieren", nachträglich seine Position zu verbessern. Er meinte damit nicht etwa den Ratsvorsitzenden, sondern die Kläger. Der Antrag Latendorf/Biehl wurde sodann von der Großen Rathauskoalition aus SPD und CDU abgeschmettert.

Nun war guter Rat für die Kläger teuer, müssen sie doch - wollen sie vor Gericht siegen - nachweisen, nicht freiwillig aus dem Saal gegangen sein. Der GEGENWIND grub in seinem Archiv und wurde fündig. Daraus ergibt sich: Das offizielle Protokoll darf nach der bewußten Verhinderung des Änderungsantrages getrost als gefälscht bezeichnet werden. Die Sache verlief am 20.4. so:

Menzel beklagt, daß sich niemand vorschriftsmäßig freiwillig für befangen erklärt hat, nennt dann acht Namen und fordert die Betroffenen auf, "den Beratungsraum zu verlassen." Latendorf fordert so-

Wieso ich früher mal meinte, mit denen zusammenarbeiten zu müssen, weiß ich auch nicht mehr. Aber jetzt weiß ich dafür, wie leicht man die aus der Sitzung werfen kann."



dann Einzelabstimmungen über die Befangenheit jedes einzelnen Lehrers, was Menzel ablehnt: Ein Beschluß sei nur notwendig, wenn die Befangenheit strittig sei. Dies sei nur bei den IGS-Lehrern der Fall. Darüber wolle er jetzt abstimmen lassen, die IGS'ler sollten also den Raum verlassen. Die tun dies erst nach nochmaliger Aufforderung. Auch die Lehrer Föhlinger (SPD) und Kläne (Grüne) räumen erst nach weiteren z.T. namentlichen Aufforderungen des Ratsvorsitzenden und einem weiteren Vortritt des SPD-Fraktionsvorsitzenden und

Oldenburger Verwaltungsrichter Udo Bergner das Feld. Als der Saal lehrerfrei ist, geht man dann unter Ausschluß der grünen Fraktion an die Beratung und Beschlußfassung über die umstrittenen Schulverlagerungen.

Den Oldenburger Richtern dürfte es nicht schwerfallen, den wahren Hergang zu rekonstruieren. Sollten sie Probleme haben, dann können sie ja zudem ihren Kollegen Bergner fragen, der der Sache beigewohnt hat.

Sozialdemokratische Programme äußern sich nicht zu Protokolltricksereien und ähnlichem. In dem Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm (verabschiedet in Bad Irsee im Juni 1986) steht allerdings unter dem Stichwort "Politische Kultur" der sinnenschwere Satz: "Der Zweck von Machtgewinnung und Machterhaltung heiligt nicht jedes Mittel." Aber der Irsee Entwurf ist noch nicht beschlossenes Programm. ●

„HEILSLEHREN

und diejenigen, die die Wahrheit gepachtet zu haben glauben, haben immer schon Unheil gebracht."

(SPD-Fraktionschef Udo Bergner über die Wilhelmshavener Grünen)

„Bus für Direkte Demokratie“
-vormittags Rathausplatz, nachmittags Grenzstraße, abends Pumpwerk-
Die Grünen informieren zur Aktion
VOLKSABSTIMMUNG 26.8.88



DURCHGESTANDEN!

NERVENSTÄRKE DER IG METALL FÜHRTE ZUM VERHANDLUNGSERFOLG FÜR FMWler

Ein Paradebeispiel dafür, wie ein Unternehmer Betriebsrat, Belegschaft und Gewerkschaft gegeneinander ausspielen kann, lieferte der FMW-Konkursverwalter Gunther Gustafsen. Einzig die Standfestigkeit der IG-Metall brachte Gustafsen an den Verhandlungstisch und sicherte schließlich den Verhandlungserfolg.

Bei dem in Konkurs geratenen Wilhelmshavener Unternehmen FMW sieht man wieder hoffnungsvoller in die Zukunft. Die Auftragslage hat sich bereits soweit stabilisiert, daß mittlerweile von den ehemals rund 210 Beschäftigten (ohne Auszubildende) heute an die 100 wieder einen festen Arbeitsplatz haben. Weitere Einstellungen (etwa 25) sind bis zum Herbst zu erwarten. Für die übrigen bleibenden Arbeitnehmer kommt allerdings unweigerlich das endgültige Aus bei FMW.

Um die Rechtspositionen der im Rahmen des Konkursverfahrens Gekündigten zu wahren, hatte die IG-Metall den betroffenen Kollegen Rechtshilfe in Form von Kündigungsschutzklagen gewährt.

Da die Kündigungen auf rechtlich sehr wackeligen Füßen standen, versuchte Konkursverwalter Gustafsen in einer Betriebsversammlung massiven Druck auf den Betriebsrat und die IG-Metall auszuüben. Seine ultimative Forderung: Die Gekündigten sollten ihre Klagen zurückziehen, und die IG-Metall auf Rechtsbeistand für die von ihnen vertretenen Mitglieder verzichten; denn, so Gustafsen, bei einem Erfolg der Klagen könne der Betrieb die dann fälligen Abfindungen nicht bezahlen. Letztlich, so seine An-

kündigung, würden sich unter diesen Bedingungen keine geeigneten Käufer für die neue FMW finden. Das gesamte Sanierungskonzept stehe auf dem Spiel.

Verhandlungen mit der IG-Metall lehnte Gustafsen ab. Er weigerte sich auch, Auskünfte über die wirkliche finanzielle Lage des Unternehmens zu geben. Seine

Drohung, die noch bzw. wieder in Arbeit stehenden Beschäftigten müßten ebenfalls mit einer Kündigung rechnen, zeigte bei etlichen Kollegen die erhoffte Wirkung.

Damit nicht genug. Gustafsen nahm die Verteilung einer IG-Metall-Publikation zum Anlaß, vor der versammelten Belegschaft den Rauswurf eines aktiven Betriebsratsmitglieds zu fordern. Gustafsen: "Mit dem Mann kann ich FMW nicht verkaufen!"

Gustafsen und sein neuer Geschäftsführer Beil trieben ein gezieltes Spiel mit der Angst. Während Gustafsen auf die seriöse Tour Druck machte, machte Beil seinem Namen alle Ehre. "Wie die Axt im Walde", so ein Mitarbeiter, habe sich der neue Geschäftsführer aufgeführt.

Der Druck auf die FMW Belegschaft wurde von Tag zu Tag größer. Das spürte

auch der Betriebsrat. Die IG-Metall solle auf den Rechtsbeistand für die Entlassenen verzichten, um die restlichen Arbeitsplätze nicht zu gefährden, wurde ganz im Sinne des Konkursverwalters gefordert. Einige FMW-ler drohten sogar mit ihrem Gewerkschafts Austritt. Die entlassenen Kollegen erhielten anonym Anrufe mit handfesten Drohungen. "Eine miese Stimmung", so ein FMW-ler, machte sich im Betrieb breit.

Der Betriebsrat, besonders dessen Vorsitzender Claßen als Mitglied der IGM-Ortsverwaltung, hatte zunächst gemeinsam die Linie der Gewerkschaft beschlossen und mitgetragen. Grundlage war ein nach sozialen Kriterien gestaffelter Plan für die leider unvermeidbaren Entlassungen. Obwohl sich der Betriebsrat, wie der Vorsitzende Claßen betont, als Interessensvertretung für alle Betriebsangehörigen - also auch für die klagenden Kollegen - versteht, "haben wir dem Druck nicht mehr standgehalten", so Claßen selbstkritisch zum *Gegenwind*.

Claßen: "Wir fühlten uns wie zwischen Baum und Borke. Plötzlich standen wir zwischen allen Fronten. Unter diesem Druck acht Stunden täglich und über mehrere Wochen zu stehen, zehrt an den Nerven". So war es denn nur die Nervenstärke der IG-Metall, die die gekündigten Kollegen nicht im Regen stehen ließ und schließlich ein Verhandlungsergebnis erzielte, das zumindest für 25 ehemalige FMW-ler die Rückkehr an den alten Arbeitsplatz ermöglicht. Für weitere 40 ehemalige FMW-ler wurde wenigstens ein sozial gestaffelter "Nachteilsausgleich" für den Verlust des Arbeitsplatzes vereinbart.

Der "Familienkrach" zwischen der IG-Metall und dem FMW-Betriebsrat hat allerdings einiges an zerdeppertem Porzellan hinterlassen - nicht nur durch den Rücktritt des FMW-Betriebsratsvorsitzenden Claßen aus der Ortsverwaltung der IGM. Vielleicht erbringt eine gehörige Portion Nachdenken über den Ablauf des Geschehens den benötigten Kitt. (rob) ●



zu: "Pfus" in Nr. 79

WÄRE SCHADE

Hiermit übersende ich den fertiggestellten Schlußbericht des Generalverkehrsplanes 1985/86 einschl. der zugehörigen Materialbände. Ich bitte Euch, den Text aufmerksam zu lesen, damit Ihr selbst feststellen könnt, ob der Bericht die geforderte Leistung (Seite 34 ff.) wirklich nicht erbracht hat. Des weiteren könnt Ihr feststellen, ob ich den Auftragnehmer wirklich von einer Fahrradkonzeption entbunden habe (Seite 187 bis 206). Ich meine, mit Recht sagen zu können, daß die hier niedergelegte Fahrradkonzeption weit über den üblichen Rahmen eines Generalverkehrsplanes (wie zum Beispiel Schubert 1973) hinausgeht.

Auch ist leicht zu überprüfen, ob ich wirklich gegenüber IZT den Eindruck erweckt habe, daß Fußgänger (Seite 96 bis 99 und Seite 181 bis 184), Radfahrer (Seite 85 bis 96 und Seite 187 bis 206) sowie Busse (Seite 80 bis 84 und Seite 207 bis 216) nicht zum Auftrag eines GVP gehörten.

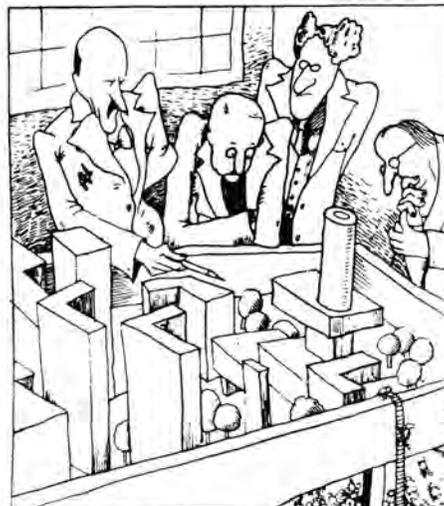
Wenn man davon absieht, daß bei jeder gutachterlichen Leistung im Laufe der Bearbeitungszeit Modifikationen des Vertragswortlautes vorgenommen werden - man denke nur an den Einfluß der zu beteiligenden Ratsausschüsse - kann eigentlich nur der behaupten, daß das Ergebnis des GVP nicht dem Vertrag entspricht, der dieses Ergebnis nicht wünscht. Es war seinerzeit von der Mehrheit der Ausschüsse eine "Fort-schreibung und Ergänzung des Generalverkehrsplanes (Verkehrsentwicklungsplan)" in Auftrag gegeben (Seite 31). Dies implizierte eine Neuorientierung und eben nicht ein Festhalten an technokratischen Planungsmethoden, wie sie zur Zeit der "autogerechten Stadt" üblich waren. Wer an dieser alten Strategie festhält, wird enttäuscht. Nichts destoweniger stellt der Plan ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept dar, das sich konsequent an den auf Seite 104 nie-

dergelegten Empfehlungen zur Verkehrspolitik orientiert. (Leitbild: Befriedung des Verkehrs). Der Unterschied zwischen "alter" und "neuer" Planungsmethodik wird auf Seite 106, letzter Absatz, erläutert.

Noch eine Anmerkung zu den Zweifeln des Rechnungsprüfungsamtes, daß die Vergabe des GVP in den Ratsausschüssen nach objektiven Kriterien vorge-tragen wurde. Im Dezember 1983 schreibt die Bezirksregierung Weser Ems: "Nach Durchsicht der Akten habe ich nicht feststellen können, daß der Stadtbaurat das Angebot IZT/EWI aufgrund sachfremder Erwägungen bevorzugt ... Es war deshalb auch aus beamtenrechtlicher Sicht kein Pflichtenverstoß erkennbar."

Es wäre schade, wenn aufgrund amts-interner Meinungsverschiedenheiten, die nichts in der Öffentlichkeit zu suchen haben, der Generalverkehrsplan ungelesen beiseite gelegt würden, denn das hat er ganz bestimmt nicht verdient. ●

H. K. Prottengeier, Stadtbaurat



"Wir hätten uns wohl doch

nicht an den neuen Generalver-
kehrsplan halten sollen."

VERBESSERUNG

Einen geharnischten Brief schrieben die Lehrer der Orientierungsstufe an den Schuldezernenten Dr. Norbert Boese. Wir veröffentlichen ihn auszugsweise.

Jetzt wissen wir endlich, was höheren Ortes unter "eindeutigen Verbesserung der Schullandschaft" (WZ vom 4.5.88) verstanden wird! Oder sollte es nur Ihre ganz private Meinung sein, daß eine "Verbesserung der Schullandschaft" u.a. bedeutet:

1. Raumknappheit im Schulzentrum Bremer Str. Klartext: Es stehen im nächsten Schuljahr weniger Räume zur Verfügung als Klassen aufgenommen werden müssen. Würden Sie das nicht vorher? Es wird also keine freien Fach- und Kursräume geben können. Dies bedeutet eine starke Einschränkung schüler-zentrierter Fachunterrichts.

2. Veränderung der Schuleinzugsbereiche zur Stützung der OS/HS Heppens Schüler der GS Allerstraße und der GS Siebthsburg müssen, trotz evtl. räumlicher Nähe zur Schule Bremer Straße, zukünftig unverhältnismäßig weite Wege zur OS/HS Heppens in Kauf nehmen.

3. Einsparung "jährlich laufender Kosten von 250.000,- DM"

Diesen Einsparungen stehen erhebliche Kosten gegenüber. Oder gibt es eine "Verbesserung" zum Nulltarif? Die OS Heppens muß baulich und materiell gerüstet werden, da die Lehrer und Schüler in der Schellingstraße "keine schlechteren Bedingungen als vorher" vorfinden sollen. Das ist lobenswert und selbstverständlich, aber ist das kostenlos? (Man spricht von mindestens 150.000,- DM.) Außerdem müssen bauliche Veränderungen im Schulzentrum Bremer Straße getroffen werden (s. Punkt 1) um dort die Raumnot zu beheben. Dabei fällt uns ein: Hat die Stadt nicht vor einiger Zeit in weiser Voraussicht zur späteren "Verbesserung der Schullandschaft" Gebäude eben dieses Schulzentrums verkauft?

Das Kollegium der OS Rheinstraße sähe einer eindeutigen "Verbesserung der Schullandschaft" mit Freuden entgegen! Nur läßt sich eine solche nicht erkennen. Es sei denn, man bezeichnet ein als Kompromiß ausgehandeltes Verschieben von Schülern, Lehrern und Sachmaterial bei gleichzeitigem Vertrauen auf den Langmut der Eltern als eine "Verbesserung".

Mit freundlichem Gruß
gez. Elbasi, Gerwers, Geldmacher, Niemann-Fuhlbohm, Nolte, Page, Raker, Rödel, Sadowski, Treichel (Lehrer/innen der OS Rheinstraße) ●

Lehrer der OS Rheinstraße

» Lieber Thomas G. . Wetten, daß
Naturkost besser schmeckt ! «

JONATHAN
Naturkostladen

Peterstraße 41
Ecke Kieler Str.
Telefon 13438



winkler

TV · HiFi · VIDEO, Tel. 32728

Störtebekerstr. 3

„Grundsätzlich nicht“

FÖRDERVEREIN MARINEMUSEUM GEGRÜNDET.

DGB BLEIBT IM ABSEIT'S

(woku) Die Wilhelmshavener Linke tut sich schwer mit einem Lieblingsprojekt des sozialdemokratischen Oberstadtdirektors Arno Schreiber, dem "Deutschen Marinemuseum", das an der alten "Südzentrale" unterhalb der Kaiser-Wilhelm-Brücke entstehen soll.

Am 13. April war es soweit. Um drei Uhr nachmittags trafen sich im Ratssaal auf Einladung des Wilhelmshavener Verwaltungschefs Arno Schreiber 18 prominente Persönlichkeiten aus Marine, Wirtschaft Verwaltung und Politik. Ziel und Ergebnis des von der Öffentlichkeit unbeachteten Treffens: Die Gründung des "Fördervereins Deutsches Marine-Museum". Gewählter Präsident: Vizeadmiral a. D. Günter Fromm, Vizepräsidenten: Arno Schreiber und Lutz Baumeister vom Wirtschaftsverband. Weiterhin mit von der Vorstandspartei sind Stadtrat Jens Graul, Rechtsamtsmitarbeiter Jens Stoffers, Konteradmiral a. D. Hans-Arend Feindt, Marinearsenalchef Horst Eggert und Werfbefachmann Rolf D. Voss aus Bremen. In einer pluralistisch intonierten Nachwahl kamen Sparkassendirektor Eberding und SPD-Chef Klaus Vogel hinzu.

Überschattet wurde die friedliche Gründungsstimmung von einem erneuten vergeblichen Vorstoß der Gewerkschaftsvertreter Manfred Klöpfer und Hartmut Büsing, dem frischgeborenen Museumskind den Namen "Werft-" und "Marinemuseum" zu verpassen, um den Anteil der Arbeiterschaft an der Marine besser hervortreten zu lassen. Die DGB-Vertreter wurden - wie schon bei einer Vorbesprechung des Gründungsaktes am 23.3. - überstimmt und verließen verstimmt den Ratssaal. Hartmut Büsing, Leiter des "Historischen Arbeitskreises" des DGB: "Der DGB macht grundsätzlich nicht mit."

Bestärkt sieht sich Büsing auch durch die Einladungspraxis des Verwaltungschefs. Den zehn geladenen Marinevertretern (fast ausnahmslos im Admiralsrang) und sechs Vertretern der Wirtschaft standen die beiden Gewerkschaftler etwas verlassen gegenüber. Weil sie auf die Unterstützung der anwesenden SPD-Prominenz (Schreiber und Graul) nicht rechnen konnten, holten sie sich Schützenhilfe vom SPD-Parteitag am 23. April. Die Genossen bliesen lautstark zum Halali gegen Schreibers Lieblingskind, wollten dem Neugeborenen aber in sozialdemokratischer Kompromißbereitschaft dann schließlich doch noch nicht

gleich das Lebenslicht ausblasen. Sie schlossen sich Büsings Konzept an, das die politische und soziale Geschichte der Marine zusammen mit der Hafen- und Werftgeschichte unter einem Dache vereint sehen will. Ein von den Jungsozialisten durchgebrachter Antrag sieht für den Genossen Schreiber sogar eine Sprachregelung vor, derzufolge er als SPD-Mitglied nur noch vom "Werft- und Marinemuseum" sprechen darf.

Aber ähnlich, wie auch in den Einzelgewerkschaften des DGB unterschiedlich über die unbewegliche Haltung der Werftarbeitervertreter in der IG-Metall-u. DGB-Spitze in Sachen Namensgebung gedacht wird, so werden auch in der SPD Zwischentöne laut. So fand in einer Versammlung des als "links" geltenden SPD-Ortsvereins Mitte, der in Parteikreisen nicht gerade als rechtsstehend angesehene sozialdemokratische Marinespezialist Rolf Schaper Gehör, als er seine Genossen dazu aufrief, sich nicht selbst die Chance zur Mitsprache zu nehmen. Ein Teilnehmer zu der vorangegangenen Diskussion: "Viel nebelhaft - emotionale Ablehnung des Museums, viel Herzblut-Sozialismus ('Wir als Arbeiterpartei'...), aber wenig Argumente."

Die Befürworter einer Mitarbeit sehen sich bestärkt in der Haltung der offiziellen Marinevertreter. Vereinspräsident, Vizeadmiral a.D. Günter Fromm sieht eine Mitarbeit des DGB "prinzipiell positiv" und verweist darauf, daß auch in der Marine kontrovers diskutiert werde. Fromm: "Die Kaiserliche und Marinewerft sind immer Teil der Marine gewesen. Da muß natürlich der Anteil der Werftarbeiter stärker berücksichtigt werden." Ähnlich äußerte sich Vorstandsmitglied Hans-Arend Feindt, zugleich Chef des "Deutschen Marinebundes". In einem Gespräch mit dem GEGENWIND bekannte sich Feindt zu dem offenen Konzept der von der Verwaltung herausgegebenen Museums-Denkschrift. Gleichwohl: Auseinandersetzungen sind vorprogrammiert. Weder Fromm noch Feindt wollen im Museum z. B. eine kritische Darstellung des Justizmordes an den Matrosen Max Reichpietsch

und Albin Köbis dulden. Die beiden wurden im September 1917 hingerichtet wegen ihrer Rolle bei Meutereien im vorangegangenen Sommer, dem ersten spürbaren Wellenschlag der revolutionären Ereignisse zwischen 1917 und 1919, die in die Weimarer Demokratie mündeten.

Aber inhaltlich sollen z.Z. weder der Verein noch der zu bildende Vereinsbeirat diskutieren. Die Erstellung eines Konzeptes soll zunächst Sache einer an die Verwaltung angebotenen Projektgruppe unter der Leitung der ABM-Kraft und studierten Historikerin Ellen Mosebach - Tegtmeyer sein - und in der nun wiederum überwiegt das Element der "Werft- und Marinemuseum"-Fraktion aus Sozialdemokraten und Verwaltungsleuten. Die Marine ist hier nur durch den Korvettenkapitän a. D. Hans Jürgen Seeger vertreten, der als Mitglied der "Grünen" sicherlich nicht in allen Punkten die Ansichten der Marine vertritt.

Grün ist man sich allerdings auch in der Projektgruppe nicht ganz. Projektgruppenmitglied Dr. Waldemar Reinhardt blockt weiterhin gegen das Projekt, so gut es geht. Er fürchtet nämlich zu Recht, daß sein Museum zu einer Sammlung von Küstenmarschen- und Wertenmodellen schrumpft. Die Schiffsmodelle, das große Stadtmodell und die Ausstellung zur Novemberrevoluti-

Forts. S. 16



Die Südzentrale an der Kaiser-Wilhelm-Brücke - in Zukunft das Marinemuseum?

Fortsetzung v. S. 15

on z. B. würden nämlich ausgezeichnet in das geplante Marinemuseum passen. Eine völlige Verschmelzung beider Museen wäre die andere Alternative. Lehrt die Projektgruppe Reinhardt das Fürchten, so läßt sie den DGB-ler Hartmut Büsing hoffen. Büsing: "Man muß ausloten, welche Einflußmöglichkeiten die Projektgruppe auf die Museums-gestaltung hat. Ich würde da gerne mehr Arbeit reinstecken." ●

DIE ANGST

VOR DER "ANDEREN SEITE"

Ein Kommentar

Die Wilhelmshavener Sozialdemokratie ist schon ein ganz spezieller Verein: jahrelang akzeptiert sie vor Ort ohne offizielle Reaktion ein Museum, das in Konzeption und Präsentation - bei wohlwollender Wertung - nur als traditionspflegerisch-konservativ bezeichnet werden kann. Erinert sei nur an die noch 1985 mit Glanz und Gloria vorgenommene Aufstellung des Modells der "Tirpitz", damals von der WZ unwiderrprochen als Ausdruck der großen Vergangenheit der Stadt gefeiert.

Jetzt bietet sich endlich die Möglichkeit, im Rahmen einer anderen Museumskonzeption ein differenziertes Bild von der Vergangenheit dieser Stadt zu entwerfen, ein Bild, in dem der Beitrag der Arbeiter und ihrer Organisationen beim Aufbau dieser Stadt und der Marine nicht länger zu kurz kommt. Das paßt aber einigen Genossen nun auch wieder nicht. Zu tief sitzt die Angst, die "andere Seite" könnte sich durchsetzen. Statt offensiv und selbstbewußt in die vorbereitete Diskussion um inhaltliche Schwerpunkte und Präsentation einzugreifen, verbringt die Partei Zeit in der Diskussion über die Namensgebung des neuen Museums. Als könne man durch die Umbenennung des "Marinemuseums" in "Werft- und Marinemuseum" bereits die notwendige inhaltliche Schwerpunktsetzung garantieren!

Wie so häufig darf die SPD froh sein, daß die politische Impotenz der Parteigremien wenigstens zum Teil ausgeglichen wird durch die Verwaltung. Die dort eingerichtete Projektgruppe konnte auf einer öffentlichen Veranstaltung des Ortsvereins Mitte eine Konzeption und einen Zeitplan mit Hand und Fuß vorlegen. Sie konnte damit zwar nicht die tiefsitzenden emotionalen Vorbehalte der Museumsgegner aus der Welt schaffen, aber das war auch kaum zu erwarten: Die Mühlen der Wilhelmshavener Sozialdemokratie mahlen auch in die sem Fall langsam. Die älteste Partei Deutschlands denkt eben in Jahrzehnten, wenn nicht in Jahrhunderten. ●

Rolf Schaper



BUSFAHREN -

ABENTEUERLICH WIE IN DER FRÜHZEIT DER BAHN ?

OHNE KONZEPT

Wer in Wilhelmshaven auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist und gleichzeitig sonntags und auch mal abends unterwegs sein will, braucht gute Nerven und viel Zeit. Wilhelmshaven von seiner großstädtischen Seite. Ein Bericht von Britta Petrick und Andrea Hepper.

Die Geschichte eines Versuchs, eine der "Sehenswürdigkeiten" der Stadt Wilhelmshaven per Bus zu erreichen: Wir, das sind Andrea und Britta, erwarteten kürzlich Besuch aus Oldenburg. Ziemlich geschlaucht erreichte unser Bekannter an einem Samstag gegen 21.30 Uhr den Hauptbahnhof in Wilhelmshaven. Nun mußte unser Besuch mit der Linie 1 zum Bismarckplatz fahren. Dieser Bus fuhr erst um 22.00 Uhr los. Da wir in der Nähe des Rathauses wohnen, war es erforderlich, am Bismarckplatz in die Linie 2 umzusteigen. Unser Bekannter war sehr verärgert, daß er ganze 30 Minuten warten mußte. Aber schließlich hatte er unser Haus endlich um Viertel vor elf erreicht.

Aufgrund des schönen Wetters wollten wir am darauffolgenden Sonntag zum Südstrand fahren. Da wir weder Auto noch Räder zur Verfügung hatten, wollten wir den Bus nehmen. Leider verpaßten wir ihn, weil der Busfahrer sich - wie schon öfter - nicht an die Fahrzeiten hielt. Der Bus war zu früh, war weg und sonntags muß man bekanntlich lange Wartezeiten auf sich nehmen. Wir warteten. Was für ein Glück, daß

uns unser Bekannter nicht Heiligabend besucht hat.

Wer nach 20.00 Uhr vom Südstrand zum Hauptbahnhof will, muß u. U. eine Stunde warten. Leider bedarf es Zeit und Geduld, wenn man Fremden unsere "schöne" Stadt am Meer präsentieren möchte. Dieser Zeitaufwand steht ganz im Gegensatz zur folgenden Aussage von dem Stadtbaurat Heinz K. Prottegeier, der nämlich sagte: daß sich "Wilhelmshaven als eine Einkaufsstadt ohne Zeitverlust präsentieren wird." (aus Zeitung zur Neugestaltung der Innenstadt 17.05.1986.) Zitat: "Für die öffentlichen Verkehrsmittel sind soweit erforderlich, verkehrslenkende Maßnahmen zu ergreifen, die ihre Schnelligkeit, Dichte und Attraktivität verbessern." (SPD Wahlprogramm 1980)

Nachtschwärmer haben es besonders schwer, ab 0.30 Uhr ist es für Voslapper nicht mehr möglich, billig und sicher ihre Wohnung zu erreichen. Allerdings: Falls man in einer Kneipe etwas vergessen hat, kann man kurz vor 1.00 Uhr noch mal zurück in die City. ●

DAUNENJACKEN RADIKAL IM PREIS GESENKT!



**Trekking - Camping
Kanusport
Motorradbekleidung**
(Rucksäcke - Schlafsäcke - Zelte
Kanus und sämtl. Zubehör)

UNTERWEGS

Rheinstraße 92, WHV,
Tel. (0 44 21) 4 29 12

Wenn es um Versicherungen geht:

Ich stehe Ihnen gern mit Rat und Tat zur Seite.

Hans-Jürgen Renz

Generalvertreter
Robert-Schumann-Str. 10, 2940 Wilhelmshaven

04421/8 3119



Hamburg-Mannheimer

Mehr vom Leben

RECHTSBEUGUNG ?

JUSTIZBEHÖRDEN UNTER DEM VERDACHT DER RECHTSBEUGUNG. WZ BESCHWICHTIGT

Ende Dezember 1986 knallte es im "Rigoletto" in der Marktstraße. Zwei Häuser wurden durch die Explosion vernichtet. Die WZ schrieb damals: "Neue brandheiße Nahrung für "Rigoletto"-Verfahren?"

Genauso - vorallem mit Fragezeichen - überschrieb am 11.05.1988 die WZ einen Artikel über die Explosion in der Marktstraße vom 29. Dezember 1986. Allerdings waren der WZ dokumentarisch in Fotokopie alle Aktenvorgänge vorgelegt worden, aus denen sich haarsträubende Erkenntnisse über eine fehlsame Sachbearbeitung der Staatsanwaltschaft in Oldenburg ergaben. Diese Fehlsamkeiten haben nach sicheren juristischen Erkenntnissen wahrscheinlich die Grenze der behördlichen Kriminalität - § 336 StGB Rechtsbeugung - erreicht. Dennoch berichtet die WZ in einem Stil, der die mündigen Staatsbürger wissen läßt, die Justiz arbeitet mal wieder famos!

Um jedem Vorurteil vorzubeugen: Auch bei der Justiz sitzen nur fehlsame Menschen und grundsätzlich müssen wir daher auch Fehlentscheidungen tolerieren. Es gibt jedoch auch hier Grenzen. Im Rigoletto-Verfahren sind sie überschritten. Aufgabe einer verantwortungsbewußten Presse wäre es gewesen, darüber zu berichten und nicht zu beruhigen!

Die offensichtlichen Brandstifter - der Rigoletto-Pächter und sein Freund - waren im Januar 1987 festgesetzt worden. Gegen sie wurde im Sommer 1987 Anklage erhoben. Eine Strafkammer ließ die Anklage nicht zu. Der unmittelbar agierende Freund besaß nämlich ein Alibi, durch das die Berechtigung der Anklage in der Tat fragwürdig wurde. Die ablehnende Entscheidung der Strafkammer war daher juristisch vertretbar.

Im August 1987 wurde die Zeugin, die das Alibi geliefert hatte, wiederholt von ihrem Freund, der die Explosion im Auftrag des Pächters herbei geführt hatte, körperlich mißhandelt. Nunmehr gab sie am 17. August 1987 in allen Einzelheiten und mit sehr viel Hintergrundmaterial (wodurch eine Aussage glaubhaft wird) zu Protokoll, wie die Explosion vom 29. Dezember 1986 in der Marktstraße herbei geführt wurde. Täter waren Pächter und der mißhandelnde Freund, die bereits angeklagt gewesen waren. Amtsgerichtsdirektor Dr. Reinhardt gab in einem ausführlichen handschriftlichen Vermerk die Vorgänge an den Staatsanwalt Schulz in Oldenburg weiter. Er wies darauf hin, daß nunmehr neue Tatsachen gemäß § 211 StPO vorliegen und erneut Anklage möglich sei.

Nichts geschah bis heute! - Vor allem aber: In einem Zivilprozeß vor dem Oldenburger Landgericht wurden die Strafakten des Rigoletto-Falls im Juli 1987 angefordert. Sie wurden endlich im Dezember 1987 erst bruchstückhaft und in nichtssagenden Fotokopien zur Verfügung gestellt. Die Originalakte war angeblich unentbehrlich. Sie wurde den Anwälten des Zivilprozesses erst im Februar 1988 zugänglich gemacht. - Und siehe da: Der Staatsanwalt Schulz hatte den Hinweis des Amtgerichtsdirektors Dr. Reinhardt mit dem Hinweis auf § 211 StPO nicht nur gelesen. In einem handschriftlichen Vermerk von ihm vom 28. August 1987 heißt es hierzu wört-



Zeichnung von Gerold Paulus aus: „Para-Graphiken“, Beck-Verlag



aus: TAZ

Do. - So. 22.45 Uhr:

Apollo, 30.6. - 3.7.

Hautnah

USA 1987; 100 Min.; Regie: Karen Arthur; mit Diane Lane, Michael Woods, Cotter Smith, Peter Mavargic u.a.; ab 16 J.
Der Film schildert die Geschichte einer psychischen Vergewaltigung, der eine wahre Begebenheit zugrunde liegt. Ohne spektakuläre Gestalt oder blutrünstige Szenen wird dabei eindringlich erzählt, wie bloße Drohungen einen Menschen psychisch zerstören können. Dem Zuschauer wird keine Chance gelassen, unbeteiligt zu bleiben.

„Frei ist die See,
Frei ist die Erde,
Frei ist der Mensch.“

Klaus Störtebeker

Café Seewärts

Die Piraterie am Südstrand

Forts. v. S. 18

lich: "Es entstand beim Unterzeichner (Schulz!) der Eindruck, daß die tatsächlichen Angaben der Zeugin zutreffend sind."

Damit endet die Akte. Keine Anklage wurde sofort erneut erhoben. Die offensichtlichen Täter wurden auch nicht sofort festgesetzt, nicht einmal zum Schutz der nach orientalischer Art mißhandelten Zeugin, einer wahrhaft bedauernswerten Perserin. - Verständlich, daß Staatsanwalt Schulz sich scheute, derartige Vorgänge in die Hände von Anwälten fallen zu lassen, denen auch bekannt war, warum der Pächter des Rigoletto mit seinem Freund die schwere Explosion in der Marktstraße herbei führten. Der Haupttäter und Rigoletto-Pächter verlangt nämlich heute von der Brandversicherung (Allianz) eine Entschädigung von 110.000,- DM, obwohl nur Werte von bis zu 3.000,- DM vernichtet waren. Kurz vor der Brandstiftung hatte der Rigoletto-Pächter seinen Versicherungsvertrag auf eine Schadenssumme von 110.000,- DM erhöht. Ferner verlangt dieser Täter von demjenigen, dessen Haus er vernichtete, 5.150,- DM Kautions zurück. Seine Prozeßchancen sind nicht schlecht. Wegen der Arbeitsweise des Staatsanwalts Schulz gilt der Täter bei der oldenburgischen Justiz noch als Ehrenmann.

Der WZ ist das bekannt. Man fragt sich, warum sie sich mit der Wiedergabe einer Auskunft des Sprechers der Justiz begnügte, dieser Fall sei gut und gründlich bearbeitet worden. Verantwortliche Presseleute sollten auch wissen, daß das Beamtendelikt der Rechtsbeugung seit über 100 Jahren nicht angewendet wurde, obwohl es häufiger begangen wird als Mord und Totschlag. Justiz bleibt bei uns nur deswegen vermeintlich saubere Justiz, weil sie sich selbst kontrolliert. Man stellt sich innerhalb der Institution - und das gehört zur institutionellen Ethik - gegenseitig die notwendigen Persilscheine aus. Nur so sind die Sauberkeit der Justiz und damit auch die Ungesühntheit von zehntausenden von Justizverbrechen insbesondere aus der Zeit von 1933 bis 1945 zu erklären.

Wir dürfen gespannt darauf sein, ob der in den Fall Rigoletto-Verfahren eingeschaltete Petitionsausschuß des Landtags diesmal eine ausreichende Kontrolle darstellt. Wir wollen jedenfalls nicht hoffen, daß unsere Volks-

vertretung der hohen Justiz und ihren vermeintlich einleuchtenden Argumenten zu Füßen fällt. Brandstiftern und ihren Justizgönnern sollten Volksvertreter es nicht zu leicht machen!

Verf. d. Red. bek.

FRIEDENSKULTUR

AKTIVITÄTEN DER JEVERSCHEN FRIEDENSINITIATIVE

(elka) Elisa Kauffeld aus Sillenstede nahm als Delegierte der FI Jever an der Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Tübingen vom 6. bis 8. Mai 1988 teil. Die rund 400 Teilnehmer von Friedensgruppen aus dem ganzen Bundesgebiet wurden zunächst auf einer Podiumsdiskussion auf die vielfältigen Themen und Fragen eingestimmt. Wichtige Schwerpunkte:

- Versöhnungsarbeit mit den östlichen Staaten durch Städtepartnerschaften, Austauschprogramme und Zukunftswerkstätten wie "Gemeinsames Haus Europa".
- Aufklärungsarbeit vor Ort gegen die offensiv orientierten Militärdoktrinen der NATO, gegen die geplanten Kompensationsmaßnahmen für die abzubauenen Mittelstreckenraketen (sogenannte "Modernisierung").
- Aktionen für atomwaffenfreie Zonen und die Aufnahme eines Atomwaffenverzichts ins Grundgesetz.
- Aufklärungsarbeit gegen konventionelle Aufrüstungspläne, Aufzeigen von Alternativen zur Rüstungsproduktion sowie Aktionen gegen Kriegsvorbereitungen und die militärische Verplanung von Frauen.

Parallel zur Aktionskonferenz lief der Kongreß "Kultur des Friedens" mit einem internationalen Aufgebot von prominenten

Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern. Christa Wolf, Schriftstellerin aus der DDR, trat für eine moralisch-ethische Verpflichtung der Naturwissenschaftler analog zum hippokratischen Eid der Ärzte ein - "ein eingebauter Moment des Nachdenkens".

Karola Bloch, Witwe des bekannten Tübinger Philosophen, verlas eine Erklärung zum 8. Mai, dem 43. Jahrestag des Kriegsendes: "Kultur des Friedens bedeutet Gegenentwurf zu einer Welt mit Krieg, Hunger, Ausbeutung, Zerstörung der Natur und der menschlichen Persönlichkeit." Sie forderte von den politisch Verantwortlichen, in Erinnerung an die 55 Mill. Toten des 2. Weltkrieges den 8. Mai als Europäischen Friedenstag in die Geschichte einzuführen.

Friedensinitiative Jever

Gegenwind für Alpha-Jets?

Militär in Mariensiel: Unruhe unter den Anwohnern

DICKES EI IN DER WZ

Eine Gegendarstellung, die sich gewaschen hat, verlangt die GEGENWIND-Redaktion von der WZ. Sowa geht doch nicht.....

Do. - Mi. 19.30 Uhr:

Sir Richard Attenboroughs Meisterwerk:

SCHREI NACH FREIHEIT

GB 1987; 158 Min.; Regie: Richard Attenborough; mit Kevin Kline, Denzel Washington, Penelope Milton, Kevin McNelly u.a.; ab 12 J.

Richard Attenboroughs mitreißender, effektgeladener Moral-Thriller über weißes und schwarzes Leben im skandalösen Apartheid-System Südafrikas trifft mitten ins Herz. Er basiert auf den Erfahrungsberichten des südafrikanischen Journalisten und Redakteurs Donald Woods, der wegen seines Eintretens für den schwarzen Bürgerrechtler Steve Biko (1977 im Gefängnis ermordet) genauso wie Biko unter 'Bann' gestellt wurde (das bedeutet: ständige Überwachung, Isolation, Schreibverbot) und mit Frau und fünf Kindern auf abenteuerliche Weise nach England fliehen konnte.

"Nicht nur großes Kino, sondern auch notwendige Aufklärung über Südafrikas Apartheid-Regime - jene Muster-Demokratie, die von der bayerischen Staatsregierung in beflissener Wirtschaftskumpanei hofiert wird." (Ponkie, AZ 3.3.88)

APOLLO, D.O. 2.-N: 8.6.



Zorn von unten

SPD-FUNKTIONÄRE BEKOMMEN GEGENWIND VON UNTEN

Den Zorn ihrer Mitglieder bekommen SPD-Mandatsträger nach der umstrittenen Entscheidung für umfangreiche Schulverschiebungen verstärkt zu spüren. Hier das Schreiben eines sozialdemokratischen Lehrers, das wir in Auszügen veröffentlichen.

- Ladenschluß (Sonntags-Öffnungs-Zeiten)
 - Grodendam
 - "Dreckiger Sumpf"
- diese Liste ließe sich sicherlich noch erweitern! Doch die Prüfung der Befangenheit einzelner Mitglieder des Rates und deren Ausschluß, der von Euch mitgetragen wurde, schlägt dem Faß den Boden aus! Von Euch hält es keiner für "Befangenheit", wenn
- im Bauauschuß Mitarbeiter von Bauunternehmungen politisch mitentscheiden;
 - im Kulturausschuß Architekten über "Verschönerungsmaßnahmen" entscheiden;
 - im Rechtsausschuß Rechtsanwälte mitarbeiten und ggf. Gutachten in Auftrag geben;
 - in den Fraktionen Entscheidungsträger der Verwaltung um Rat gebeten werden; usw. Doch wenn ein Lehrer, der
 - weder Entscheidungsträger in der Bezirksregierung ist,
 - noch wirtschaftlichen Nutzen von einer Entscheidung hat oder anders direkt betroffen ist,
 - dieses Ratsmitglied haltet Ihr für be-

fangen und dies nicht bei der Auflösung einer Schule bzw. wichtigen Grundsatzentscheidungen, sondern bei einer einfachen Umzugsmaßnahme.

Hinzu kommt noch, daß ich von einer überfraktionellen Einigung gehört habe. Ist es nicht gerade deshalb wichtig, KEINE Befangenheitsanträge zu stellen, insbesondere wenn durch diese Anträge eine ganze Fraktion mundtot gemacht wird! Dieses soll nicht heißen, daß MIR PERSÖNLICH das Ergebnis des Antrages recht ist. Im Gegenteil! Ich werde in wesentlich bessere Räume umziehen. Der Gebäudekomplex ist für meine persönliche Situation geradezu ideal. Doch letztlich denke ich an die anderen, die durch diese Maßnahme wesentlich schlechter dran sind als ich.

*Wir grüßen - last not least - Siegfried in der Landeshauptstadt!
die Redaktion*

Fazit: Ich war der Meinung, Mitglied einer politischen Partei zu sein. Doch unter diesen Umständen ist eine Mitgliedschaft für mich nicht mehr drin! Jetzt reicht's! Ich habe in den letzten Jahren gerade bei den Entscheidungsträgern der SPD "unpolitisches" Verhalten feststellen müssen. Einige der Punkte sind:

Ich hoffe, daß einige SPD -Ratsmitglieder, die von dem Befangenheitsantrag betroffen sind, den Mut haben, eine rechtliche Klage auf den Weg zu schicken und den Antrag außer Kraft setzen zu lassen! Viel Erfolg!

Meine Meinung ist zwar immer noch SOZIAL-DEMOKRATISCH, aber nicht mehr in der Wilhelmshavener SPD! Ich erkläre meinen Austritt mit sofortiger Wirkung.

Mit freundlichen Grüßen
Hxy (Name ist der Redaktion bekannt)
ehemal. Juso-Vorsitzender WmV(nach 82!)



*.Alle Tore stehen offen,
alle funktionäre hoffen.
Doch nur das rote Herrenkränzchen
leistet sich ein paar Spirenzchen.
Und will wer rein zu den Genossen,
schaun sie ihm erstmal auf die Flossen.
Denkt ein Werber mal zu laut,
wird ihm schnell der Weg verbaut.
Wer fleißig tut sein Gärtlein jäten,
ist hingegen sehr erbeten."*